

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 193 Oktober 1997

# Die Reichen

# Sollen zahlen!



Suppenküche in Berlin

- ◆ 2,8 Millionen Sozialhilfeempfänger
- ◆ 1 Million Obdachlose



Renbahnbesucher in Hamburg

- ◆ 85 Milliarden
- ◆ 131.000 Millionäre

Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Diese fast schon zur Binsenweisheit gewordene Tatsache zeigen alle Untersuchungen. 2,7 Prozent der Haushalte haben ein Gesamtvermögen von 2,780 Milliarden Mark, fast soviel wie das gesamte Sozialprodukt (rund 3 Billionen). Auf der anderen Seite stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den letzten 10 Jahren um 50 Prozent. In Ostdeutschland lebt jeder zwölfte, im Westen jeder Neunte in Armut (DGB-Armutsericht).

**Angela Banker, Köln**

Oberdrein werden Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose auch noch als arbeitsunwillig hingestellt, denen man mit Zwangsprogrammen unter so schönen Namen wie „Hilfe zur Arbeit“ oder „Anreiz zur Arbeitsaufnahme“ Beine machen muss.

Den Reichen dagegen macht niemand Beine. Sie können in aller Gemütsruhe und völlig lei-

stungslos die Früchte anderer Leute Arbeit abschmecken. 5 Prozent der Haushalte sacken die Hälfte aller Zinsen und Dividenden ein. Sie kassieren damit jährlich vier bis fünfmal mehr, als bundesweit für alle Sozialhilfeempänger zusammen ausgegeben wird (DGB-Armutsericht).

Die Reichen zahlen kaum noch Steuern, investieren auch immer weniger und schaffen ihr Vermögen ins Ausland, wie z.B. der Ex-Aufsichtsratsvorsitzende der Dresdner Bank, oder spielen damit an den Finanzmärkten der Welt.

Nach Rezepten gegen die wachsende Kluft zwischen arm und reich frage kritisch der SPIEGEL sogenannte Wirtschaftsexperten.

Lothar Späh, früherer Ministerpräsident von Baden-Württemberg mit Neigung zu Privatsponsoren für seine Uthahretniveau zu schaffen, statt auf höchsten Niveau zu jammern.

In der rheinland-pfälzischen Lederwaren- und Koffertindustrie sieht der Tarifvertrag als

Grundvergütung 1252 DM brutto monatlich vor – ist das für den Spitzenverdiener Späh noch nicht niedrig genug? Vielleicht kann er einmal vorführen, wie man damit über die Runden kommen soll.

fähsten wichtigsten deutschen Börsenwerte sind allein seit Jahresanfang um 82 Prozent gestiegen. Wer da nicht mitspielen kann, hat eben Pech gehabt und soll neidlos sehen, wie er selbst zu Akten kommt.

**„Wenn jemand an der Börse in diesem Jahr sein Vermögen vermehrt hat – wunderbar. Wer das nicht getan hat, den bringt der Neid nicht weiter.“**

Rüstungsunternehmerin Dornier-Tiefenthaler

Für Rüstungsunternehmerin Dornier-Tiefenthaler sind schon die Bezeichnungen arm und reich „gefühlliche Pauschalbegriffe aus der Mortenkiste des Klassenkampfes“.

Sie meint: „Wenn jemand an der Börse in diesem Jahr sein Vermögen vermehrt hat – wunderbar. Wer das nicht getan hat, den bringt der Neid nicht weiter.“ Die im DAX zusammenge-

Mortenkiste des Klassenkampfes? Stimmt, die Unternehmen greifen hinein und wollen uns wieder auf frühkapitalistische Zustände zurückwerfen. Warum sollen wir uns wie die Schafe dahinführen lassen und nicht mit gleicher Münze heimzahlen? Dem Klassenkampf von oben muß entscheidender Klassenkampf von unten entgegengesetzt werden.

Halt! warnt da Meinhard Michel, Wirtschaftsprofessor aus Bonn: „Den vorhandenen Kapitalgegnern etwas wegnehmen und so eine gleichere Vermögensverteilung bewirken zu wollen, ist zwecklos, Wer das versucht, wird ins Leere greifen, es sei denn, er mauert zuvor die Bevölkerung ein.“

Die Familie Engelhorn, Eigentümer der Boehringer Werke, hat kürzlich den Laden für 19 Milliarden DM verkauft, die Beschäftigten bangen jetzt um ihre Arbeitsplätze. Natürlich zahlt die Familie keine Steuern, sondern leitet die 19 Milliarden auf die Bermudas zu ihrer Holding-Gesellschaft um. Das meint der Professor wohl mit „ins Leere greifen“.

Aber die Betriebsanlagen sind hier und können weiterproduzieren, das von den Arbeitnehmern erwirtschaftete Vermögen könnte sehr wohl auch hierleben und investiert werden, z.B. für viele neue Arbeitsplätze. Dafür genügt ein entschlossener staatlicher Zugriff auf die Banken und das Betriebsvermögen, notfalls durch Enteignung. Da-

für braucht man die Familie Engelhorn nicht einzunamen, sie können gerne auf die Bermudas ziehen. Entschädigung gibt's nach erwiesener Bedürftigkeit in Höhe des Sozialhilfesatzes. Mauer oder Kapitalismus – was anderes gibt's nicht, möchte man uns einreden. Wir sollen abfinden und weiter brav für Ihren Reichtum schufteln.

Aber um die Wirtschaft nicht am Profit sondern an den Bedürfnissen von Mensch und Natur auszurichten, um über die Verwendung des von allen erwirtschaftete Vermögens auch gemeinschaftlich und demokratisch zu entscheiden – dafür braucht man weder Mauer noch Stacheldraht. Dafür muß man „nur“ die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführen und eine demokratischere, von unten nach oben funktionierende Planung aufbauen.

Dagegen werden sich die oberen Zähne wehren. Aber Millionen sind stärker als Millionäre.

# Nein zum EUROPA der Banken und Konzerne

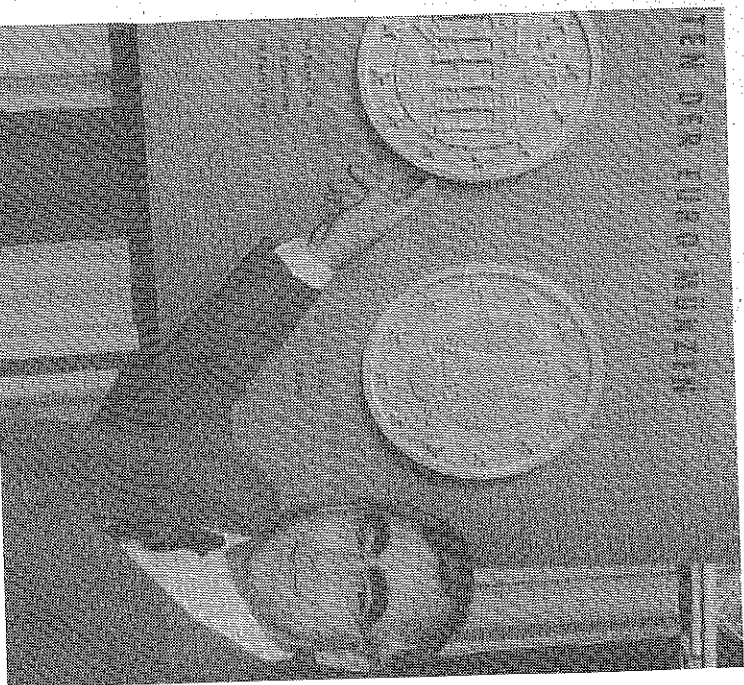


# Blüten für den Euro - nein danke

Trotz aller Propagandabemühungen bleibt der Euro in der Bevölkerung unpopulär. Um kein Öl ins Feuer zu geben, versuchen Regierung und etablierte Parteien, den Zusammenhang zwischen ihrer Kürzungspolitik und dem Euro in den Hintergrund zu drängen.

## Angela Bankert, Köln

Sicher ist: Sparpolitik im Interesse des Kapitals würde mit oder ohne Euro stattfinden. Aber der Euro verschärft Sparpolitik und Sozialabbau schon im Vorfeld wegen der Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Nach der Einführung würden Sozialabbau, Lohndrückerei und Verarmung verstärkt und automatisiert.



Maastricht erlaubt „den Regierungen und Parlamenten, von ihren Vätern einschneidende Stabilitätskriterien zu verlangen“, meinte Finanzminister Waigel 1992.

# Hafenprivatisierung in Rostock Ausverkauf an dubiose Firma

Letztes Jahr hatte die Stadt Rostock 3 Millionen DM Einnahmen aus dem Hafen, mit Aussicht auf Steigerung in den kommenden Jahren. Jetzt will die Stadt zum Stopfen von Haushaltslöchern die Hafenanlagen weit unter Wert verkaufen. Damit entstehen langfristig aber nur noch mehr Löcher im Haushalt.

## Maren Wiase, Rostock

Das gesamte Stammkapital liegt bei 77 Millionen DM, außerdem kosten zwei Hallen auf dem Hafengelände schon 11 Millionen DM. Macht nach Adam Riese zusammen mindestens 88 Millionen DM Kapitalwerte. Doch die „Stadtväter“ können anscheinend nicht rechnen, denn sie wollen die gesamte Hafenumschlagsgesellschaft für gerade mal 19 Millionen DM verkaufen.

Die Verhandlungen zum Kaufvertrag wurden hinter verschlossenen Türen geführt. Der von Bürgermeister Arno Pöker (SPD) favorisierte Käufer ist die Kent Investment Holding Ltd., in der sich der Britle Lord Young of Grafham, der Amerikaner Ezra Harel und der Israeli Menachem Atzmon zusammenschließen haben.

Die Maastricht-Kriterien sind im Interesse der Banken und Konzerne in Europa und spitzen den Spitzdruck zu: Damit stehen die Regierungen unter dem Druck, die Grenze von 3 Prozent jährlicher Neuverschuldung und 60 Prozent staatlicher Gesamtverschuldung (jeweils gemessen am Sozialprodukt) nicht zu überschreiten. Und dies „nachhaltig“, also nicht nur im Stichjahr 1997. Während die Konzerne mit Steuerflucht und Steuergeschenken natürlich weiterhin die Staatskassen plündern, wird die Last der Kürzungen auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Und das ist auch im Sinne der Euro-Erfinder.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen, die bereits beschlossen

oder in Planung sind, dienen der Erfüllung der Maastricht-Kriterien. Auf Bundesebene z. B.:  
- Verkauf von Aktienanteilen von Lufthansa und Postbank  
- Privatisierungen  
- Verkauf der Telekom-Anteile, mit deren Erlösen eigentlich die Renten der Ex-Postler finanziert werden sollten  
- Erhöhung der Mehrwert- und/oder der Mineralsteuer  
- Gegenfinanzierung für die Absenkung des Solidarzuschlags (noch offen)  
- Kürzungen in 12 Ministerien 1998, davon konkret angekündigte Kürzungen bei Wohnungsbau, BaFöG und Hochschulbau  
- Verkauf der staatlichen Örserven  
- Aussetzung der Tilgung der Bundesbahnschulden  
- Erhöhung der Sozialabgaben

Da beim Maastricht-Kriterium alle öffentlichen Schulden mitzählen, sind auch Länder und Gemeinden in der Pflicht. Entsprechend rigide sind ihre Haushalte 97 und Pläne für 98. Sparhaushalte der Länder, Gebührenanstieg, Kürzungen, Privatisierung und Ausverkauf des Tafelsilbers in den Kommunen hängen ebenfalls damit zusammen.

## Misere als Dauerzustand

Der Euro und Maastricht bringen die Krise und Krankheit der kapitalistischen Marktwirtschaft auf den Punkt: Die europäische Banken und Konzerne brauchen für schrankenlose und höchstmögliche Profite Rahmenbedingungen, die auf Massenarbeitslosigkeit, Lohnsenkung, Sozialabbau, Subventionen, Ausgrenzung, Subventionen, Steuergeschenken und Steuerflucht, Ausplündern des Staates hinauslaufen – und zwar als Dauerzustand, um den „Standort Europa“ gegen Südostasien und Nordamerika fitzumachen.

Unternehmern beim ocker Schacher benachteiligt fühlen, ließen sie Nachforschungen über diese Kent-Gruppe anstellen. Die Ergebnisse der Nachforschungen wurden dann durch die örtlichen Medien an die Öffentlichkeit gebracht.

## Briefkastenfirma

Die Kent-Gruppe ist nur eine Briefkastenfirma mit Sitz auf den Marshall-Inseln und einem Grundkapital von 5 britischen Pfund. Allerdings hat die Kent-Gruppe große Versprechen gemacht. Sie will alle Arbeitsplätze erhalten und neue Firmen ansiedeln lassen. Angehellig haben sie auch schon eine Gesellschaft an der Hand, die regelmäßig Kohle und Erze aus Amerika und Übersee nach Rostock bringen soll. Diese Gesellschaft ist die Rostock-Atlantik-Line (RAL) und ebenfalls eine Briefkastenfirma, die eine Untergesellschaft mit dem Namen Kent-Gruppe hat.

Bis heute ist noch kein Schiff der RAL in Rostock gewesen. Einer der Unternehmer der Kent-Gruppe, Lord Young of Grafham, hat als Wirtschaftsminister unter der konservativen Regierung in Großbritannien Mitte der 80er Jahre viele Firmen geschlossen und privati-

Dieselben Rahmenbedingungen brauchen die anderen bei den Blöcke. Beim globalen Wertlauf der Multis und der Konkurrenz der Wirtschaftsblocke werden Arbeitnehmer gegenüber ausgespielt, sind die Massen überall die Verlierer. Selbst wenn die Kapitalisten erschaffen, und dann alle Staaten auf malaysischem Lohn- und Sozialniveau gelandet sind: Wer kann dann noch Waren kaufen? Dann ist die nächste globale Krise da.

Und eins ist auch in jeder tiefen Krise dieses Jahrhunderts immer wieder sichtbar geworden, im ersten und zweiten Weltkrieg, zuletzt nach 1989 in Rußland und Jugoslawien: Wenn die Herrschenden nicht mehr weiter wissen, wiegen sie Rassistismus und Nationalismus auf, führt das zu nationalen Spannungen, oder gar Krieg und Bürgerkrieg. Jede Politik, die der herrschenden Logik folgt und Krisen verschärft, erhöht auch die Gefahr des Nationalismus.

Dem Euro hafter nichts internationalistisches, anti-nationalistisches, an, wie leider auch von Grönen und manchen Linken dargestellt wird, die ihn als eine Art Baustein für ein „europäisches Haus“ sehen. Solange bei jeder Meierpartei die kapitalistischen Gangster dominieren, kann es kein gedeihliches Zusammenleben geben, kann das nur auf Kosten der Unternehmer gehen.

Erträgliche Lebensbedingungen und ein friedliches Miteinander der Völker kann es nur geben, wenn die Macht der Banken und Konzerne gebrochen wird, wenn die Arbeitnehmer, Arbeitslosen, die Masse der Bevölkerung, ihre Interessen selbstbestimmt und demokratisch durchsetzen können: in den vereinigten sozialistischen Staaten von Europa.

Alternativen zur Privatisierung aufzeigen müßte.

Beim Bürgerschaftsentscheid zum Verkauf der Hafenumschlagsgesellschaft an Kent stimmte nur Bündnis 90/Grüne gegen den Verkauf, aber nicht die Arbeiter einsetzt oder dann doch die ÖTV, die gegen diese Privatisierung ist. Leider ist das nicht der Fall. Der Betriebsrat hat sich von Kent Honig ums Maul schmieren lassen, da die Kent-Gruppe den Erhalt aller Arbeitsplätze versprochen hat und sogar noch neue schaffen will. Dagegen hatten die Rostocker Unternehmer ganz klar und offen erklärt, daß erst einmal 200 der 630 Arbeitsplätze wegfallen werden, wenn sie die Hafenumschlagsgesellschaft übernehmen. Natürlich widerten sich die beiden Kaufinteressenten nicht so um den Hafen streiten, wenn sie damit nicht genügend Profit machen können. Beiden ist egal wie.

## PDS stimmt zu

Die Hafentarbeiter selbst sehen die Privatisierung mit gemischten Gefühlen. Bei einer geheimen Abstimmung sprachen sich nur 4 von ihnen klar gegen eine Privatisierung aus. Das liegt auch an den Versäumnissen der ÖTV, die den Hafentarbetern

## unser standpunkt

# Der Kapitalismus frißt den Regenwald

„Eine Naturkatastrophe ist das. Niemand ist schuld.“, verkündete Minister Azwar Anas anlässlich der gigantischen Waldbrände auf den indonesischen Inseln, die Millionen Menschen in einen Smog-Alptraum versetzt haben.

Diese „Naturkatastrophe“ haben die Plantagenbesitzer zu verantworten. In den vergangenen 30 Jahren wurde ein Drittel der asiatischen Wälder gefällt. Wertvolles Holz wurde verkauft, Dschungel und Unterholz brandgerodet, um einfacher an das Edelh Holz heranzukommen.

Die größte Sorge des indonesischen Diktators Suharto ist es jetzt, die Plantagenbesitzer vor Schadensersatzansprüchen zu schützen.

Europäische Politiker und Unternehmer werden in den nächsten Wochen auf die Verantwortungslosigkeit der asiatischen Regierungen hinweisen. Doch was passiert ist, ist marktwirtschaftlicher Alltagsbetrieb, von der noch immer die europäischen und amerikanischen Banken und Konzerne am meisten profitieren. Allein der US-Bergbaukonzern Freeport darf für Gold- und Kupfererschürungen auf der Insel Irian Jaya jährlich 100 Quadratkilometer Urwald zerstören.

In den 70ern verschaukelte sich das „Schwollenland“ Indonensien. Um die Schuldendienste bedienen zu können und mit den entwickelten kapitalistischen Ländern mithalten, wurde der Kahlschlag des Regenwaldes betrieben. „Wir haben unsere Wälder“, meinte Suharto und ermöglichte so den sogenannten Forschnit, der in erster Linie die Bereicherung einer dünnen Oberschicht war.

Eine Aufholer der „3. Welt“ auf dem Boden des Kapitalismus ist nicht möglich. Um auf dem Weltmarkt mitspielen zu können, mußten die asiatischen „Tiger“ – Südkorea, Taiwan, Indonesien usw. – Menschen und Umwelt in einem stärkeren Maß verheizen als in Europa oder den USA. Das Wirtschafts-wunder ist auf Sand gebaut. Die südostasiatische Währungs-wunder und Börsenkrise der letzten Monate zeigt, wie instabil die Wirtschaft in der Region ist.

Die Massenstreiks der sudkoreanischen Arbeiterklasse Anfang dieses Jahres haben deutlich gemacht, daß die Arbeiterfirmen die Superausbeutung nicht ewig hinnehmen werden. Die Waldbrände sind der Schlüsselschritt unter das „Tiger“-Märchen.

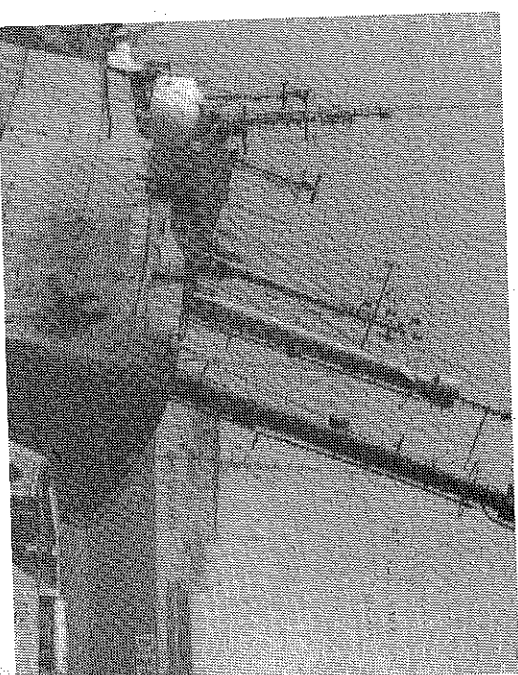
Erst Ende September begann in den deutschen Medien die Berichterstattung. Doch in einigen Regionen sehen die Menschen schon seit Monaten keine Sonne mehr. Drehende Winde schaffen nur Erleichterung für einige Tage, es wird befeuchtet, daß erst die verspäteten Regenfälle im November die Feuer löschen können. Brände in dem unter dem Dschungel liegenden Torffeldern würden dadurch auch nicht gelöscht. Noch heute schwellt in Ostkalimantan Torf, der sich während einer Dürre 1982 entzündete.

Niemand ist schuldig? Die „Frankfurter Rundschau“ vom 29. September stellt das richtig: „Die Profitgier verdunkelt die Sonne.“ Joschka Fischer sollte wohl doch noch einmal über den Zusammenhang von Ökologie und Marktwirtschaft nachdenken.

Köln, 2./10. 1997

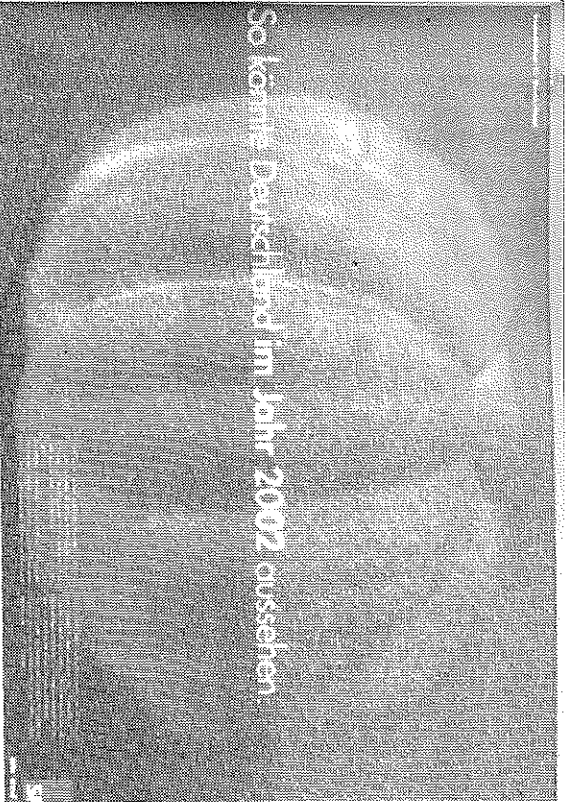
das „nicht mehr als ein Kava-lersdicklikt.“  
In der Rostocker Bevölkerung macht sich der Unmut gegen Privatisierungen bemerkbar. Viele sind während über die Maßnahmen von OB Pöker, entschafften von OB Pöker, weil sie selbst Erfahrungen mit Privatisierungen gemacht haben. Bei einigen kann auch die Meinung „Privatisierung ja, aber nicht so.“ Nur sehr wenige sehen eine Privatisierung als letzte Rettung für den Hafen.

Der Hafen ist einmal „das Tor zur Welt“ gewesen. Dort haben viele Rostocker mal gearbeitet und mitgeholfen, den Hafen aufzubauen, und wollen nicht, daß er verschleiert wird. Besonders gut kamen auf der Straße die Forderungen der SAV an: Rücknahme des Verkaufs, Rücktritt des OB und der Geschäftsleitung, Einrichtung einer öffentlichen Untersuchungskommission aus Vertretern der ÖTV, des Betriebsrat und der Belegschaft.

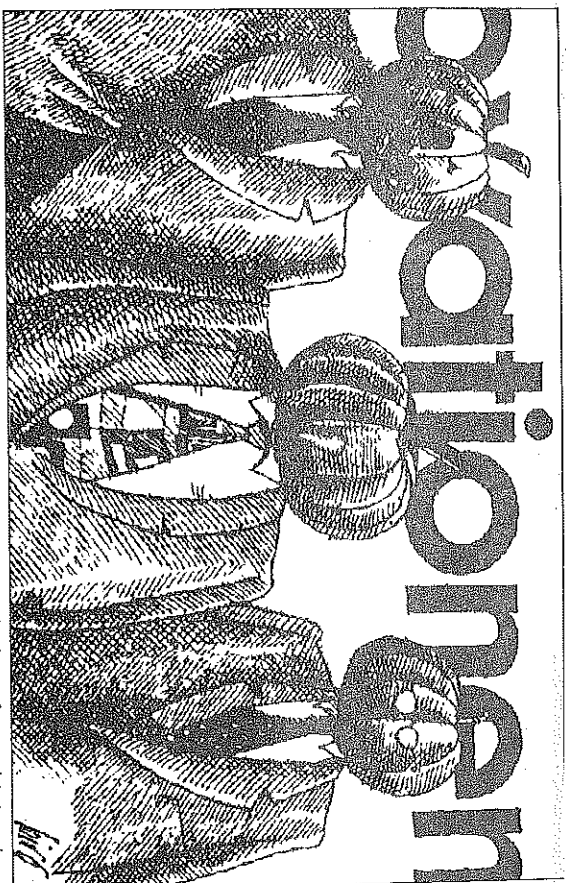


Bei einer Privatisierung des Hafens werden die Rechte der Arbeiter gewaltig Schlagsseite bekommen.





Mit solchen und ähnlichen Plakaten stellt die SPD ihre „Alternativen“ zur Regierung dar. Der Karikaturist der „Süddeutschen Zeitung“ deckt auf, was hinter den Wahlkampf-„Innovationen“ der SPD steckt.



Der Karikaturist der „Süddeutschen Zeitung“ deckt auf, was hinter den

# SPD= Mit Sicherheit unbrauchbar für Arbeitnehmer

Kohl muß weg – das wünscht sich die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitlosen lieber heute als morgen. Die Regierungsparteien haben nach allen Umfragen keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich, daran hat sich auch nach der Selbstverschuldeten SPD-Wahlmiederlage in Hamburg nichts geändert.

**Georgia Petretskoflou, Gaetan Kayitare, Aachen**

Viele haben aber Bedenken, daß ihnen eine SPD-geführte Bundesregierung nur die Fortsetzung der Kohl-Politik mit anderen Köpfen bescheren wird. Wie berechtigt diese Bedenken sind, zeigt das von Gerhard Schröder vorgelegte Wirtschaftspapier „Innovationen für Deutschland“, hinter das sich der gesamte SPD-Vorstand stellt und das nun auf dem Parteitag im Dezember zum offiziellen Wirtschaftswahlprogramm erhoben wird. Was in dem Papier als „Innovationen“ und „Modernisierungen“ verkauft wird, ist eine Rückkehr zu frühkapitalistischen Zuständen und die Zerschlagung des „Sozialstaates“. Alle Stichworte, unter denen

Unternehmer und Bundesregierung schon seit geraumer Zeit in die Offensive gehen, finden sich in dem Programm wieder: „Reform des Flächenarbeitsvertrags“ unter flexibler Berücksichtigung der „betrieblichen Gegebenheiten“, flexible Arbeitszeiten und Arbeitszeitkonten (was als „Zeitsouveränität“ für Arbeitnehmer gepriesen wird), Förderung der Gentechnik, Beibehaltung der Arbeitnehmer bei „schwieriger Ertragslage“, „Anreize zur Arbeitsaufnahme“ für Sozialhilfempfangler, Schaffung von Billiglohnarbeitsplätzen mit Staatszuschuß, Verkleinerung des Staates und Stellenabbau, usw.

Kein Wunder, daß alle Unternehmerverbände dem Papier Beifall zollen. Die Durchsetzung ihrer Forderungen wird als „Modernisierung“ verkauft. Der Unternehmer soll schalten und walten können, wie er will. „Wenn es dem Unternehmer gut geht, geht es uns allen gut“. Die Unternehmer haben es nie geglaubt, die Millionen Arbeitnehmer davon zu überzeugen. Nun setzt die SPD-Führung das Restvertrauen aus früheren Zeiten ein, um den Arbeitnehmern jegliche Gedanken an ihre eigenen Bedürfnisse und Probleme auszutreiben!

Laut Lafontaine soll das SPD-Wahlprogramm nicht die Mitglieder, sondern die Wähler überzeugen. Was Arbeitnehmer-Wähler wollen ist relativ einfach: sichere Arbeitsplätze, saubere Umwelt, bezahlbare Gesundheitsversorgung und Wohnungen, Bildung und Ausbildung für die Jugend, vor allem keine sinkenden Einkommen. Das ist der heutigen SPD zuviel. „Es ist nicht alles finanzierbar, was wünschenswert ist“, erklärt das Wirtschaftsprüfungsbüro dem unbescheidenen Wähler und übernimmt die Aufgabe, die Arbeitnehmer in die Schranken zu weisen.

## Neue Recht- und Ordnungspartei?

Die SPD versucht, nicht nur die CDU sondern auch die REP's rechts zu überholen. „Deutsche Knäse nur für Deutsche“ wie Schröder und Vorschauer fordern, dürfe sogar für NPD neu sein. Daß mit solchen Parolen offen Rassismus geschürt wird, nimmt die SPD in Kauf nach dem Motto: Wenn schon Rassismus geschürt wird, dann wollen wir es besser machen. Die soziale Unsicherheit in der Arbeiterklasse wird benutzt, um die Verunsicherung

der Schulblinde zu bringen: Es sind plötzlich nicht mehr die Arbeitsplatzverniehter, die Profiteure, die Michelin, die Steuerhinterzieher und sonstige Abzocker aller Art, sondern die arbeitslosen Jugendlichen, die Ausländer, die jugendlichen Graffiti-Spreyer die Gefahr für innere Sicherheit. Der Versuch, als „Law and Order“-Partei die Wahlen in Hamburg zu gewinnen, ist wie zu erwarten war – außer natürlich von den Optimisten der SPD – gescheitert. Gewonnen haben die CDU und besonders die Rechtsextremen.

## Neue Arbeiterpartei aufbauen

Von der SPD sind die Arbeitnehmer nie verwöhnt worden. Es gab aber Zeiten, in denen die SPD den Anspruch hatte, zumindest zwischen Kapital und Arbeit zu vermitteln und dabei Druck auf Unternehmer auszuüben, um etwas für ArbeitnehmerInnen herauszuholen. Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Heute versucht die SPD nur noch, Arbeitnehmer im Schach zu halten und für die Interessen der Unternehmer gefügig zu machen. Und gegen diesen Kurs gibt es

in der Partei keinen nennenswerten Widerstand mehr. Schröders Thesen lösten nur erregte Mühen bei den sogenannten Linken aus, die Hamburger Partei stellte sich voll hinter Voscheraus Kurs. Die SPD vertritt auf allen Ebenen von Bund bis in die Kommunen Unternehmensinteressen ohne ernsthaftes Aufbäumen der Mitgliedschaft gegen diesen Ausverkauf. Die SPD ist vollends ins Unternehmertum übergewechselt. Sie ist nicht mehr für Arbeitnehmer brauchbar.

Wir brauchen eine neue Arbeiterpartei, die sich nicht mit der CDU um die Weite darüber streitet, wer am besten den Arbeitnehmer Sand in den Augen streuen kann oder darüber, wer am besten die Unternehmerinteressen durchsetzen kann.

Wir brauchen eine Arbeiterpartei, die sich mit dem Kapital anlegt und seine Machenschaften aufdeckt. Eine Partei, die Millionen Arbeitnehmern und ihrer Jugend nicht Benützungsspielen verabreicht, sondern gemeinsam mit ihnen für ihre Interessen kämpft. Wir brauchen eine Partei, die nicht bereit ist, sich dem Diktat des Kapitalismus zu beugen, sondern für dessen Beseitigung tatkäftig eintritt. ■

# Öffentlicher Dienst in Berlin: Privatisierung verhindern

**Der SPD-CDU-Senat plant, Berlin wie eine Weihnachts-gans auszuschlachten. Ländesvermögen im Wert von 150 Milliarden DM soll ver-scherbelt werden. Doch der Wille zum Widerstand wächst**

**Heliko Schwelker, Berlin**

Ebenso drastisch wie die Arbeitslosenzahlen steigen, gehen die Steuereinnahmen zurück. Die Schulden des Senats und die Zinsgewinne der Banken, die von der Misere profitieren, wachsen.

In Berlin soll alles veräußert werden, was für Konzente halbwegs Profit abwirft. Energie-, Wasser-, und Gasversorger, öffentliche Wohnungen, Krankenhäuser und Hafengebäude, die Stadtränkung ja selbst Rathäuser und Kindergärten stehen den Konzernen für ten Appel und'n Ei zur Verfügung.

Obwohl es zuerst so aussah, als könnten Figmann-Heising (SPD) und Diegen (CDU) den Ausverkauf über die Köpfe der Berliner hinweg durchziehen, wächst der Widerstand, beson-

ders von seiten der Beschäftigten.

Als Diegen verlaublich, die gewinnabwerbenden Berliner Wasserbetriebe (BWB), das bundesweit größte Wasserversorgungsunternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, protestierten am 14. August 6000 Mitarbeiter in der Innenstadt und legten zeitweilig den Verkehr lahm.

## Ausverkauf

Tags zuvor hatte die ÖTV eine außerordentliche Personalversammlung mit 5000 Kollegen einberufen. „Getreu dem Ausspruch von Konrad Adenauer (Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern) hat sich die SPD von ihren Ausschüssen verabschiedet“ so der Gesamtpersonalratsvorsitzende Norbert Öttl.

ÖTV-Chef Kurt Lange gab sich kämpferisch. „Auf den Senat, auf die Herren Piroth, Landowski und Böger, auf die Grünen und die PDS können wir nicht zählen. Wir können uns nur auf uns selbst verlassen.“

Sollte es zur Privatisierung kommen, werde eine Urabstimmung folgen.

Klar ist, nur unter dem enormen Druck agierte der selbst gut bezahlte Funktionär dernaßen kämpferisch. Unterdessen erhielten die Beschäftigten des schon privatisierten Energieversorgers BEWAG die ersten Schreckensmeldungen von ihren neuen Eigentümern. Knapp 2000 Beschäftigte werden entlassen. Die verbleibenden Mitarbeiter sollen Lohninbußen von 10 Prozent hinnehmen.

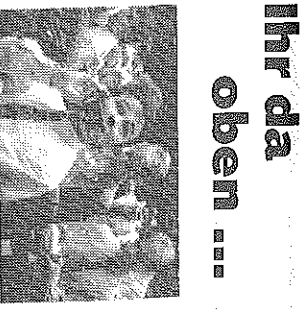
Anläßlich der feierlichen Einweihung von Europas modernstem Heizkraftwerk, mit dabei Präsident Herzog, nutzten mehrere tausend Kollegen die Gelegenheit zu einem einstündigen Warnstreik und einer anschließenden Protestkundgebung. Der Gewerkschaft waren die aufgebracht Kollegen nicht gehörend, sie löste sie mit einer Demonstration vom Werkstor weg. Auf der Gewerkschafts-Veranstaltung wurde die Privatisierung, die für die Verschlechterung verantwortlich ist, mit keinem Wort erwähnt. Vom derzeitigen Schlingert-



Proteste der BfA-Beschäftigten im letzten Jahr: der Kahlschlag im Berliner öffentlichen Dienst geht weiter.

kurs der Gewerkschaften hängt es ab, ob der totale Ausverkauf — als nächstes steht die GASA zum Sonderangebot — fortgesetzt oder gestoppt wird. Die Hälfte aller Beschäftigten in den öffentlichen Betrieben droht sonst die Arbeitslosigkeit. Die SAV Berlin führt die Kampagne gegen Privatisierung und

Stellenabbau im öffentlichen Dienst durch. Auf der Straße, vor Krankenhäusern und Behörden fordern wir auf Unterschriftlisten den Stop und die Rücknahme aller Privatisierungen und treten für einen Streik und Protesttag aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, organisiert von der ÖTV ein.



## Ihr da oben ...

### Spendabel

Eine schlappe Milliarde Dollar spendete der US-Medienzar Ted Turner der UNO. Das sei für ihn eine Entscheidung von ähnlicher Bedeutung wie der Kauf eines neuen Autos, ließ der bescheidene Milliardär die staunende Weltpresse wissen, Peanuts also. 385 Milliarden besitzen ebensoviel wie knapp die Hälfte Menschheit. Warum sollen wir eigentlich darauf warten, daß sie gennethaft freiwillig spenden?

### Einkunft für Auskunft

Ab 1. Oktober haben sich die Preise für die Telekom-Auskunft drastisch verteuert, denn es „waren bisher keine Marktpreise, sondern aus politischen Gründen weit niedriger als die tatsächlichen Kosten“, teilte die Telekom den Kunden mit. Ja, der politische Preis ist ein garstiger Preis, schmälert er doch womöglich um Bruchteile den Profit.

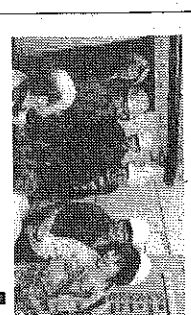
Vor der Zerschlagung und Privatisierung der Post war die Telefon-Auskunft mal eine kostenlose Service-Leistung, abgedeckt durch die Überschüsse bei den allgemeinen Telefongebühren. Jetzt muß noch die kleinste Einzelleistung Rendite abwerfen, zugunsten von Großkunden und Großaktionären.

### Arme Millionäre

Hamburgs designierter neuer Oberbürgermeister Ortwin Runde, vorher Finanzsenator, hat von Finanzamt Stichproben bei Einkommensmillionären durchführen lassen. Man fand „auf Anhieb zwölf Fälle von Personen, die alle jeweils mehr als 1 Million Mark im Jahr positive Einkünfte hatten und trotzdem ein zu versteuerndes Einkommen von null“ erklärte er in einem Interview („Die Woche“ 19. 9. 97). Und das mit ganz legalen Steuertricks wie „Verlustrückstellungen aus Schiffsfinaanzierungen und Sonderabschreibungs-möglichkeiten im Osten“, die „letzlich der einfache Steuerzahler“ frage, denn: „Die Steuererfälle bringen schließlich auch Sparwänge mit sich.“

### Kapitalismus – nein danke

Das Vertrauen in das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, so eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, „ist auf Tal-fahrt“, 43 Prozent der Ostdeutschen und 27 Prozent der Westdeutschen beurteilen die Wirtschaftsordnung negativ. (SPEGEL 40/97)



## ... wir hier unten



# Altenpflege Wehrt sich!

**„Menschlichkeit vor Wirtschaftlichkeit“ und „Keinen weiteren Personalabbau“ fordern 10.000 Beschäftigte und Bewohnerinnen aus Altenheimen Anfang September in Köln.**

**Claus Ludwig, Köln**

Hintergrund der Proteste ist die Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes. Über eine Kürzung des Pflegesatzes drohen Personalabbau bis zu 30 Prozent in den Altenheimen und Pflege im Minutentakt. Immer wieder tauchten auf Transparenten Slogans gegen die Altenpflege auf Autowerkstatt-Niveau auf, die diese Kürzungen zur Folge haben würden: „Sauber und seht, Arbeitsplätze austradert“.

Die meisten Teilnehmerinnen kamen aus dem nördlichen Ruhrgebiet und dem Raum Bielefeld. Doch die Zeit ist reif für eine bundesweite Bewegung gegen den Notstand in Altenheimen und Krankenhäusern. Die zuständige Gewerkschaft ÖTV hat allerdings außer warmen Worten nicht viel von sich hören lassen. Die Einführung der Zwei-Klassen-Medizin, der Anstieg der Rezept-Zahlung, der massive Arbeitsplatzabbau in Krankenhäusern, die Arbeitsverdichtung im gesamten Pflegebereich, all das ist von der ÖTV lediglich mit der Rundweise eines „Info-Busses“ beantwortet worden.

Die Kölner Demonstration – die wichtigste Aktion von Pflegerinnen in diesem Jahre – war auch nicht von den höheren Ebenen der Gewerkschaft, sondern von drei Altenheimen im Münsterländischen Gronau angestoßen worden, die von sich aus Kontakt zu anderen Altenheimen, Initiativen und ÖTV-Kreisverbänden aufnahmen.

Auf der Demonstration dominierten dementsprechend selbstgemachte Transparente und Schilder, die Stimmung war kämpferisch. Die Kolleginnen haben verstanden, warum es geht. Sie sind bereit, aktiv zu werden.

Die Stimmung der ÖTV gegenüber war skeptisch, aber nicht ablehnend. Die meisten Beschäftigten würden mit der Gewerkschaft kämpfen, wenn

von dort klare Signale kämen. Das zeigte auch die positive Reaktion auf das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ – innerhalb einer Stunde waren die 80 Zeitungen des „Netzwerks“ ausverkauft.

Klare Signale fehlten auf der Demonstration. Die Rechnerinnen von ÖTV und anderen beschränkten sich darauf, zu fordern, daß die neuen Pflegesätze nicht durchkommen dürfen und meinten, die Demo wäre ein gutes Mittel, um die Krankenkassen zum Umlenken zu bewegen. Die Demonstration war zwar ein probantiger Anfang, aber sie alleine wird das Ruder nicht herumreißen können. Die Aktionen müssen auf die bundesweite Ebene ausgedehnt und mit den Krankenhäusern, wo ähnliche Probleme existieren, verbunden werden.

Auch Streikmaßnahmen gegen die Kürzungen müssen vorbereitet werden. Ohne dieses wichtige Druckmittel hilft die

berechnete Empörung wenig.

Die Anwesenheit von Altenheim-Bewohnern und die Öffentlichkeits-Arbeit von Altenpflege-Bürgerinitiativen zeigt, daß auch die Betroffenen und ihre Angehörigen verstehen würden, daß sich solche Kampfmaßnahmen nicht gegen die richtigen, sondern gegen Politiker, Gesundheitsbürokrate und Konzerne, die das Gesundheitswesen ausbluten.

In einem Land, in dem Betriebskurse und Bankengewinne in schwindende Höhen schnellen, wird gleichzeitig die Behandlung von alten und kranken Menschen der Fließbandarbeit gleichgestellt. Wenn die ÖTV diesen Widerspruch deutlich aufzeigen und einen Kampf organisieren würde, wäre eine gemeinsame Bewegung von Pflegekräften und Betroffenen möglich.

Aktive ÖTVler sollten dementsprechende Forderungen in den gewerkschaftlichen Gremien aufstellen. ■



# ÖTV-Tarifdiskussion Lohnverzicht Vorerst gestoppt

Der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai ist mit seinem Vorstoß, Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung anzubieten, nicht durchgekommen. Der Widerstand der ÖTV-Basis hat das verhindert. Doch auch die Beschlüsse der Großen Tarifkommissionen (GTK) der ÖTV zeigen keinen Weg vorwärts für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

**Dieter Janssen,  
Personalrat,  
Bürgerhospital  
Stuttgart\***

Vor dem Gebäude demonstrieren Unterstützer des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ gegen Lohnverzicht. Immer wieder ergaben sich Diskussionen mit Mitgliedern der GTK, in denen klar wurde, daß der von der ÖTV-Spitze vorgeschlagene Lohnverzicht nicht akzeptiert wird.

bern vorgezogene Verhandlungen bei nicht-gekündigten Verträgen anbot.

Die GTK hat das abgelehnt. Das ist erst einmal ein Erfolg für die Mitglied. „Wirksame tarifliche Instrumente (zur Beschäftigungssicherung) können sein: ... die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, einschließlich der Angleichung der Arbeitszeit im Osten an das Westniveau, ohne Eingriff in bestehende Einkommen.“

Ohne den Protest gegen den Lohnverzicht, der in Beschlüssen bis zum Bundesarbeiterverschub und auf Bezirksebene zum Ausdruck kam, wäre diese Formulierung nicht möglich geworden.

Allerdings ist dieser Erfolg begrenzt, da die GTK bisher keine Forderung nach Erhöhung von Löhnen und Gehältern aufstellt und damit dem Reallohnverlust der letzten Jahre der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in keiner Weise Rechnung getragen hat.

**Die Mitglieder sollen mit der Aussage „Grundlegende Kurskorrektur in Bonn nötig“ auf die Bundestagswahl verfrachtet werden. Auf die Erklärung der ÖTV-Spitze, was an der SPD grundlegend anders sein soll als an der CDU, sind wir gespannt.**

Im Frühjahr hatte die ÖTV-Spitze vorgeschlagen, einen gestaffelten Lohnverzicht zuzulassen, wenn die Arbeitgeber vertraglich neue Arbeitsplätze zusichern würden. Ein hundertprozentiger Personalausgleich wurde nicht gefordert.

Viele Kolleginnen waren beunruhigt. Die meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst können sich keine Lohnneuberechnungen leisten. Zudem gibt es schlechte Erfahrungen mit der bisherigen Arbeitszeitverkürzung, diese hatte nicht zur Schaffung neuer Stellen, sondern zur Arbeitsverdichtung geführt.

**Beschäftigungssicherung?**

Mitten in der laufenden Mitgliederzeitze Herbert Mai einig drauf, indem er den Arbeitge-

ber gegenüber war skeptisch, aber nicht ablehnend. Die meisten Beschäftigten würden mit der Gewerkschaft kämpfen, wenn von dort klare Signale kämen. Das zeigte auch die positive Reaktion auf das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ – innerhalb einer Stunde waren die 80 Zeitungen des „Netzwerks“ ausverkauft.

Klare Signale fehlten auf der Demonstration. Die Rechnerinnen von ÖTV und anderen beschränkten sich darauf, zu fordern, daß die neuen Pflegesätze nicht durchkommen dürfen und meinten, die Demo wäre ein gutes Mittel, um die Krankenkassen zum Umlenken zu bewegen. Die Demonstration war zwar ein probantiger Anfang, aber sie alleine wird das Ruder nicht herumreißen können. Die Aktionen müssen auf die bundesweite Ebene ausgedehnt und mit den Krankenhäusern, wo ähnliche Probleme existieren, verbunden werden.

Auch Streikmaßnahmen gegen die Kürzungen müssen vorbereitet werden. Ohne dieses wichtige Druckmittel hilft die

berechnete Empörung wenig. Die Anwesenheit von Altenheim-Bewohnern und die Öffentlichkeits-Arbeit von Altenpflege-Bürgerinitiativen zeigt, daß auch die Betroffenen und ihre Angehörigen verstehen würden, daß sich solche Kampfmaßnahmen nicht gegen die richtigen, sondern gegen Politiker, Gesundheitsbürokrate und Konzerne, die das Gesundheitswesen ausbluten. In einem Land, in dem Betriebskurse und Bankengewinne in schwindende Höhen schnellen, wird gleichzeitig die Behandlung von alten und kranken Menschen der Fließbandarbeit gleichgestellt. Wenn die ÖTV diesen Widerspruch deutlich aufzeigen und einen Kampf organisieren würde, wäre eine gemeinsame Bewegung von Pflegekräften und Betroffenen möglich. Aktive ÖTVler sollten dementsprechende Forderungen in den gewerkschaftlichen Gremien aufstellen. ■

Angaben dienen nur zur Kenntlichmachung der Person

## Ab geht die Post!



Die 300.000 Post-Beschäftigten haben am 22. September auf Betriebsversammlungen gegen die Liberalisierungspläne der Regierung demonstriert. Das Monopol der Post für Briefe über 100 g soll aufgehoben werden. Damit bleibt der Post der Klotz des flächendeckenden Versorgungsauftrages und den privaten Zustellern die Möglichkeit, neben dem Paketdienst in Großstädten weitere Rosinen herauszupicken. Bei der Post wären mehrere 10.000 Arbeitsplätze bedroht, bei UPS und Co. würden im Gegenzug weniger, schlechter bezahlte Teilzeit-Jobs entstehen.

Die massenhafte Beteiligung zeigt die Kampfbereitschaft der Kolleginnen. Aber die Postgewerkschaft muß sich der Wirklichkeit stellen: ohne effektive Streikmaßnahmen wird die Zerschlagung der Post auf Kosten von Beschäftigten und Kunden weitergehen.



## erfolgreich

Der Kampf um die Übernahme der Auszubildenden der Städtischen Kliniken Kassel (VORAN berichtet) war erfolgreich. Alle Auszubildenden werden unbefristet übernommen.

**Stephanie Nitschke, Städt. Kliniken Kassel, BR-Mitarbeiterin**

Ein Vermutropfen ist, daß der größte Teil nur Teilzeitstellen bekommt. Allerdings mit der Option, die Stundenzahl erhöhen zu können, wenn Stellen frei werden. Außerdem wird die Ausbildungskapazität erhalten – im Frühjahr wollte die Geschäftsleitung noch einen Kurs abbauen – und im handwerklichen Bereich werden neue Stellen geschaffen.

Den Auszubildenden ist jetzt klar, daß es sich gelohnt hat zu kämpfen. Ohne die Demonstration wäre kein öffentlicher

Druck entstanden und ohne diesen Druck hätte die Geschäftsführung mit Sicherheit nicht alle übernommen.

Das Beispiel zeigt auch, daß die Kolleginnen kampfbereit sind, wenn die Gewerkschaft Gegenwehr organisiert. Durch die konsequente Arbeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung, des Betriebsrates und der ÖTV-Jugend ist auch die Mitgliederentwicklung der ÖTV in den Kliniken positiv. Vor zwei Jahren gab es fünf Gewerkschaftsmitglieder in der Krankenschule, heute sind es 30. Tendenz steigend. Dies ist ein umgekehrter Trend zur Entwicklung der ÖTV, die in den letzten fünf Jahren die Hälfte ihrer jugendlichen Mitglieder verloren hat.

Mit einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik würde die ÖTV diesen Trend insgesamt umkehren können.



Die Proteste der Azubis waren erfolgreich.

## Studieren im Wettbewerb

Die neue Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) führt zu einer drastischen Verschlechterung der Studienbedingungen, von der vor allem Studierende aus ärmeren Verhältnissen betroffen sein werden.

**Boris, Student, Köln**

Das Hochschulrahmengesetz (HRG) wurde beschlossen, um eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage für das Hochschulwesen in der BRD zu schaffen, der sich die einzelnen Landesgesetze 1979 anpassen mußten. Einer der wichtigsten Bestandteile des damaligen Gesetzesbeschlusses war die Einführung des Prinzips

der Gruppenuniversität, die die absolute Professorenhegemonie vorerst stürzte.

In den Entscheidungsgremien der Hochschulen saßen fortan auch Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Verwaltungsgeschäftlichen und der Studierenden. Ein weiterer wichtiger Punkt war die breite Öffnung der Universitäten für sozial Schwächere.

Dies alles hat heute keine Bedeutung mehr. Durch das neue HRG mit dem Gesamtkonzept eines gesteigerten Wettbewerbs ist der Weg der weiteren Entwicklung der Hochscholmokratisierung des Hochschulwesens und der Elitebildung vorgezeichnet.

„Wir haben ein neues Zeitalter eingeläutet. Die Milderung des Erbgutes über die Artenschranken hinweg ergibt grenzenlose Chancen.“ So eine typische Äußerung eines Propagandisten der Gentechnik (in diesem Fall Prof. Ingolf Schuphan, RWTH Aachen). Kritiker kommen in der Öffentlichkeit nur selten zu Wort. Sie stören das Geschäft.

**Ulf Petersen, Köln**

Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen, Tieren und Bakterien, ist eine völlig neue Art von Umweltbelastung. Diese Fremdstoffe vermehren sich selbst. Der Ausstoß von Umweltschadstoffen wie FCKW und CO<sub>2</sub> läßt sich verringern oder stoppen. Zerstörte Wälder können wieder aufgeforstet werden. Eine von veränderten Organismen durchsetzte Natur ist nicht so „einfach“ reparierbar.

Alles ist möglich: Eine „Super-Seuche“ durch die Veränderung an sich harmloser Krankheitserreger oder die Vernichtung bestimmter Nutzpflanzen oder Tierarten.

Zwar verändern Menschen schon seit Jahrtausenden die Erbanlagen von Pflanzen durch Züchtung und Kreuzung. Per Gentechnik geschieht dies jedoch umfassender und schneller, Artengrenzen werden bedeutungslos – ein Unterschied wie zwischen Lagerfeuer und Atomkraftwerk. Aber die Risiken können noch viel weniger abgeschätzt werden als beim Einsatz der Atomenergie.

Die Katastrophe kann sich genauso schielehend entwickeln wie andere Umweltschäden auch. Selbst wenn für 10 oder

20 Jahre keine der oben geschilderten Nebenwirkungen spürbar oder nachweisbar sind: irgendwann kann das komplizierte Zusammenspiel von Mensch und Natur umkippen. Und der Geist geht nicht in die Flasche zurück. Die Forschung hat jetzt ein Stadium erreicht, wo die gesamte Menschheit nicht nur durch die Atombombe vernichtet werden könnte. Die Gentechnik, aber auch Physik und Chemie haben zu erschreckenden Entwicklungen geführt“, bestätigt der britische Atomphysiker und Friedensnobelpreisträger Joseph Rotblat.

Die Gen-Mafia aus Chemie- und Pharmaindustrie, Banken und Politikern setzt dagegen im weltweiten Standardwettbewerb auf Rekordprofite durch diese „Zukunftstechnologie“. Wir kennen diese Mentalität vom innen zwischen bekanntgewordenen Umgang mit der BSE-Seuche.

### Zweifelhafter Nutzen

Ganz abgesehen von den Risiken: Auch die von den Befürwortern der Gentechnik verwendeten Segnungen sind mehr als zweifelhaft. Beispiel Landwirtschaft: Seit Jahrzehnten werden Nahrungsmittel mit wachsendem Chemieeinsatz hergestellt. „Hochleistungs“-Getreide in Monokultur und hochgezüchtete Tiere in Massentierhaltung sind anfällig für Schädlinge und Krankheiten. Hauptziel der Gen-Forschung im Nahrungsmittelbereich ist die Unempfindlichkeit von Pflanzen gegen Unkraut- und Schädlingsvernichtungsmittel. Ergebnis: Noch mehr Chemie wird verwendet. So läuft das seit 1996 schon mit gentech-

einzelnen Bundesländern bedeutet, daß sozial schwache Studenten sich dreimal überlegen müssen, ob sie sich den „Luxus“ Studium überhaupt leisten können. Baden-Württemberg hat diese ja schon dankend angenommen.

### Studium wird zum Luxus

Die Studentinnen, die sich ihr Studium durch Arbeit selbst finanzieren und oft gezwungen werden, Langzeitstudien zu machen, werden zwar nicht wie von Bildungsminister Rüttgers vorzugesehen zwangsexaminiert, müssen sich aber einer Zwangsberatung unterziehen, in der Druck auf die einzelnen Studen-

nisch, verändertem Soja und Mais, dem wir kaum entkommen können, da es keine wirkliche Kennzeichnungspflicht gibt und Soja und Mais in sehr vielen Produkten enthalten sind.

Die Bauern in der „Dritten Welt“ sind gezwungen, die per Patent geschützten, neuen Pflanzen im Paket mit den passenden Schutzmitteln zu kaufen – ihre Abhängigkeit von den Konzernen, die wie die US-Firma Monsanto sowohl Saatgut als auch Schutzmittel herstellen, wird verstärkt.

Zu Essen gibt es genug auf der Welt – nur können sich die Hungernden die Nahrung nicht leisten. Die Gen-Mafia will nicht den Welt hunger bestegen, sondern ihren Profit hunger. Da in den reicheren Ländern die verkaufbare Gesamtkalorienmenge kaum zu steigern ist, muß eben profitabler produziert werden – und per Werbung müssen uns noch aufwendigere und ungesündere Industrieanfangsmittel mit noch mehr Zucker und Fett angelehrt werden.

Eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist aus guten Gründen gegen Gentechnik in der Nahrung. Auch herrscht ein gesundes Mißtrauen gegenüber den Versprechungen der Gen-Lobby.

Hunger und Krankheiten sind nur Mittel zum Zweck, um die Begründung für die massive staatliche Förderung der Pharma-Konzerne zu liefern und die Bevölkerung ruhig zu halten.

Die meisten Krankheiten entstehen nicht aus schadhafte Erbgut, sondern aus den Umwelt- und Lebensbedingungen, unter denen wir leben. Diese zu „reparieren“ wäre der entscheidende Schritt.

Doch während alle Parteien die Förderung der Gentechnik auf ihre Fahne schreiben und immer mehr Steuergelder dafür mobilisiert werden, bleiben diese Probleme ungelöst.

Selbst das Arbeitsplatzargument zählt nicht. Einmal erforscht ist die gentechnische Produktion effektiv, schnell und mit sehr geringem Personalaufwand zu bewältigen. Die Mehrzahl der gentechnisch veränderten Produkte werden keine neuen Produkte werden, sondern lediglich andere erzeugt werden. Die Gentechnik ist eine Rationalisierungstechnologie und wird zu Arbeitsplatzabbau im Pharma-Bereich führen.

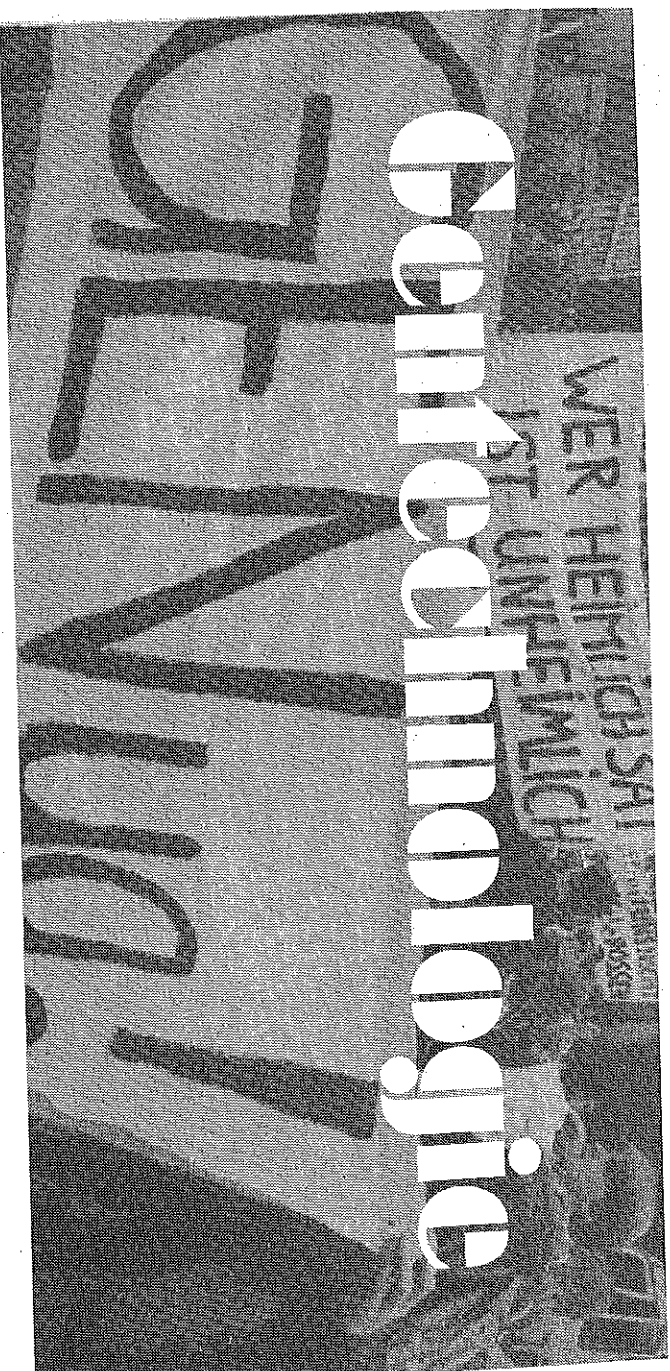
Gentechnik unter der Kontrolle privater Konzerne ist eine ungeheure Gefahr und eine große Verschwendung wissenschaftlicher und finanzieller Ressourcen und verschärft die Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Großkonzernen.

Die SAV fordert deshalb, daß keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel verkauft werden dürfen, die vollständige Offenlegung aller Unterlagen über gentechnische Forschung und die Einstellung sämtlicher gentechnischer Projekte. Alle Anwendung sind zu stoppen, die wissenschaftliche Arbeit ist auf Grundlagenforschung zu beschränken.

Mit den Fragen, ob Gentechnik im Bereich der Gentherapie (Diagnose und Heilung von Erbkrankheiten beim Menschen) sinnvoll angewendet werden, ob unter öffentlicher Kontrolle eine Forschung sinnvoll ist und mit dem Menschenbild der Gentechnik-Befürworter beschäftigen wir uns in der nächsten Ausgabe der VORAN.

wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft einbringen können als Studierende der Naturwissenschaften (aktuelles Beispiel: Gentechnik), werden wohl bald viele vor allem geisteswissenschaftliche Bereiche noch stärker unterfinanziert sein als sie es ohnehin schon sind.

Die Bereiche mit guten Chancen auf hohe Mittelzuwüngen werden also bestrebt sein, sich diese nicht durch „zu viele“ Studierende oder nicht-förderungswürdige Lehrinhalte zu verbürgen. Also ist auch dies wieder ein neuer Schritt hin zur Elitebildung.



## Zu Risiken und Nebenwirkungen



# Oktober 1917 Arbeiter und Bauern erobern die Macht

Die russische Revolution vor 80 Jahren scheint heute nur mehr von historischem Interesse zu sein. Schließlich ist das System, das durch die Oktoberrevolution errichtet wurde, in der Sackgasse gelandet und wurde 1989-91 gestürzt. Doch eins ist seitdem klar geworden: der Kapitalismus hat zwar überlebt, aber er hat keine Lösung für die drängenden Probleme der Menschheit. Es wird immer dinglicher, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, die an den Interessen der Mehrheit der Menschen ausgerichtet.

Die russische Revolution war der erste Versuch, eine solche sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Arbeiter und Bauern nahmen ihr Schicksal in die eigenen Hände und stürzten Kapitalismus und Großgrundbesitz. Für alle, die nach einer Alternative zum Kapitalismus suchen, ist daher wichtig: Wie ist das damals gelungen? Und was ist hinterher falsch gelaufen? Fragt **Angela Bankert**

## Was passierte im Revolutionsjahr 1917?

Während des ersten Weltkriegs, an dem auch Rußland teilnahm, erhoben sich im Februar 1917 die Arbeiter, Soldaten und Bauern und stürzten in einem revolutionären Aufstand die Monarchie. Ohne Aufruf oder Führung irgendeiner Partei feierten die Massen innerhalb von fünf Tagen den Zarsmus weg, der über 1000 Jahre in Rußland geherrscht hatte. Sie organisierten sich in demokratisch gewählten Vertretungen, den „Soviets“ oder Räten, die eine neue Regierung bildeten.

In den darauffolgenden neun Monaten tobte ein erbitterter sozialer und politischer Kampf um die Politik und Richtung der neuen Regierung. Die verschiedenen Klassen und politischen Parteien zogen in unterschiedliche Richtungen. Es bestand eine Doppelherrschaft zwischen dem alten Staatsapparat und den neuen Soviets. Dieser Knoten wurde in einem zweiten revolutionären Aufstand im Oktober unter der politischen Führung der Bolschewiki durchschlagen.

Die neue Sowjetregierung, der Rat der Volkskommissare mit Lenin und Trotzki an der Spitze, packte sofort die Maßnahmen an, zu denen die Übergangsregierungen in den Monaten davor nicht in der Lage waren:

- Sie nahmen Friedensverhandlungen auf und führten Rußland durch einen Sonderfriedensschluß aus dem Weltkrieg, was auch den anderen kriegsführenden Mächten einen schweren Schlag zufügte, weil es den kriegsmüden Massen Europas ein Vorbild wurde.
- Sie enteigneten die Großgrundbesitzer und verteilten das Land an die Masse der armen Bauern.
- Sie stellten die Industrie zunächst unter Arbeiterkontrolle und übernahmen sie später in Staatseigentum.
- Sie brachen die Macht des alten Staatsapparates, indem sie sich auf die gewählten Soviets stützten und die Doppelherrschaft zugunsten der Räte-macht auflösten.

Während der Februaraufstand nur die Monarchie gestürzt hatte, aber die wirtschaftlich Mächtigen und der alte Staatsapparat unangestastet blieben, wurden durch die Oktoberrevolution Kapitalismus und Großgrundbesitz abgeschafft und die Räte-macht gefestigt.

## Wie war die Lage in Rußland am Vorabend der Revolution?

Um die Jahrhundertwende hatte sich der kapitalistische Weltmarkt herausgebildet. Die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten um Rohstoffe und Absatzmärkte verschärfte sich, die Zusammenstöße wuchsen und führten schließlich zum ersten Weltkrieg.

Das russische Zarenreich war auf dieser internationalen Bühne zwar auch eine Großmacht, aber eine rückständige. Rußland war überwiegend ein Agrarland mit feudalem Großgrundbesitz. 80 Prozent der Bevölkerung arbeiteten auf dem Land, zum überwiegenden Teil auf dem Niveau wie in Westeuropa im 17. Jahrhundert, vielfach noch als Leibeigene. Die Arbeiterklasse umfaßte nur 10 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, war aber in modernen Industriezentren konzentriert, die über 40 Prozent zum Sozialprodukt beitrugen, weil die Landwirtschaft so unproduktiv und die Industriebetriebe hochmodern waren. Die Industrie wurde vor allem von ausländischem Kapital

Westeuropas gab es also kein starkes liberales Bürgertum, das in einer bürgerlichen Revolution wie in England oder Frankreich zur wirtschaftlichen und politischen Macht drängte.

## Bürgerliche oder sozialistische Revolution?

International nahm das Zarenreich eine Zweiteilung ein. Es war einerseits wirtschaftlich abhängig von weltlichen imperialistischen Großmächten, mit Frankreich und England auch im I. Weltkrieg politisch und militärisch verbündet. Andererseits trat Rußland selbst imperialistisch auf, besonders gegenüber den Nachbarvölkern, die es sich einverleibe oder beherrsche, was durch nationale Unterdrückung zu vielfachen Problemen im Vielvölkerstaat führte.

Die feudalen Großgrundbesitzer waren die vorherrschende Klasse; sie investierten auch in die Industrie, so daß viele Feudalherren auch Industriekapitalisten waren. Es gab eine enge personale und familiäre Verflechtung zwischen Großgrundbesitz und Industriekapital.

Der russische Kapitalismus entwickelte sich also nicht wie in Westeuropa aus Handwerk und Manufaktur, sondern über ausländische Investitionen und im Zusammenwirken mit feudalem Großgrundbesitz, ähnlich, wie man es später in den sogenannten „Drittwelt“-Ländern beobachten konnte.

Daher gab es keine starke russische Kapitalistenklasse mit eigenständigen, vom Großgrundbesitz und internationalen Kapital scharf abgegrenzten Interessen. Auf der politischen Ebene widerspiegelte sich dies darin, daß es nur schwache liberale bürgerliche Kräfte (die Partei der „Kadetten“) mit begrenztem Einfluß auf die Staatsgeschäfte gab. Anders als in den früh industrialisierten Staaten

seiner „Theorie der permanenten Revolution“ niedertage, wurde durch die tatsächlichen Entwicklungen der russischen Revolution in jedem Punkt bestätigt.

## Februarrevolution

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Widersprüche und Probleme hatten sich schon in der Phase vor dem ersten Weltkrieg so weit zuspitzt, daß es zu zahlreichen politischen Streiks und Unruhen auf dem Land kam. Unter den Industriearbeitern hatten die Bolschewiki den dominierenden Einfluß. Diese Kämpfe wurde jedoch durch den Ausbruch des ersten Weltkriegs abrupt abgeschnitten. Die nationalisistische Mobilisierung und eine Welle von Patriotismus schwappte über das Land, ähnlich wie in Deutschland, Sozialrevolutionäre und Menschewiki wurden zu Vaterlandsverteidigern.

Anderer als manche Historiker darstellen, hat nicht der Weltkrieg die Revolution ausgelöst, sondern im Gegenteil, die revolutionäre Vorkriegswelle zunächst abebben lassen und die revolutionären Kräfte demokratisiert und zersplittert. Viele Bolschewiki wurden inhaftiert, verbannt oder mußten ins Exil. Doch der Krieg führte auch dazu, daß dies nicht lange anhalten konnte, sondern die Lasten des Krieges die vorhandenen Probleme schon nach kurzer Zeit wieder zuspitzten und sogar verschärfen.

Sie entluden sich Anfang 1917, als wegen der aussichtslos militärischen Situation und katastrophalen Versorgungslage im Land Bauernunruhen, Desertationen aus der Armee und Streiks in den Städten zunahmen.

Am internationalen Frauentag, am 23. Februar nach dem damals gültigen russischen Kalender (8. März nach westlichem Kalender) traten die Textilarbeiterinnen der Hauptstadt Petrograd wegen Brotmangel und schlechten Arbeitsbedingungen in den Streik. Der Streik wuchs sich innerhalb weniger Tage zu einem politischen Generalstreik und schließlich bewaffneten Aufstand aus, während dem es den Arbeitern gelang, die ebenfalls unzufriedenen Soldaten der Petrograder Garnison auf ihre Seite zu ziehen. Der Zar wurde zum Abanken gezwungen.

Die Arbeiter und Soldaten Petrograds griffen sofort auf die Erfahrung der Revolution von 1905 zurück und bildeten Soviets: demokratische Vertretungsgorgane, deren Delegierte direkt in den Fabriken, Kasernen und von der Landbevölkerung gewählt wurden. Sie waren ihren Wählern rechenschaftspflichtig, konnten jederzeit abgewählt und ersetzt werden, und erhielten keine materiellen Privilegien.



Massenversammlungen von Matrosen und Soldaten: Im Laufe von 1917 mischten sich die Massen in die Politik ein wie niemals zuvor.



Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Sowjets gebildet. Die Massen erwarteten von der Revolution, daß um ihre drängendsten Probleme gelöst würden: Beseitigung des Krieges, Verteilung des Bodens, Befreiung der unterdrückten Völker, Verbesserung der Versorgung und der Arbeitsbedingungen. Die politische Mehrheit in den meisten Sowjets bildete der Block der zwei gemäßigten linken Parteien: Menschewiki und die Bauernpartei der Sozialrevolutionäre.

Der Sowjet der Hauptstadt Petrograd übernahm nicht selbst die Macht, sondern verhandelte mit bürgerlichen und Monarchisten über die Bildung einer „provisorischen Regierung“, die vom Sowjet dann demokratisch kontrolliert werden sollte, sozusagen in parlamentarischer Manier. Dahinter stand das Konzept der Sowjet-Mehrheitspartei: erst eine bürgerlich-kapitalistische Phase, später Sozialismus.

## Doppelherrschaft

Die erste provisorische Regierung bestand aus bürgerlichen Ministern der Partei der Kadetten, einschließlich Großgrundbesitzern und Industriekapitalisten, sowie einem Sozialrevolutionär (Kerenski übernahm das Justizministerium). Es liegt auf der Hand, daß eine solche Regierung, die zudem noch dem alten Staatsapparat, wenn auch ohne Zaren, vorstand, die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen würde. Zwar wurde ein Friedensmanifester an die Völker verabschiedet und Armeekommissare der Soldaten gebildet, aber der Krieg wurde weitergeführt, jetzt unter der Parole, man müsse die Revolution und die Sowjets verteidigen.

Auch die imperialistischen Kriegsziele im Verein mit Frankreich und England wurden weiterverfolgt. Zwar wurden Bodenkomitees zur Erarbeitung einer Bodenreform eingesetzt, aber die Lösung der Bodenfrage wurde einer zukünftigen verfassungsgebenden Versammlung vorbehalten. Zwar wurden diskriminierende Vorschriften gegen über Juden abgeschafft, aber die nationalen Probleme der nach Selbstbestimmung strebenden unterdrückten Völker Rußlands nicht gelöst wurden. Überhaupt wurden alle grundlegenden Fragen auf die Konstante verwiesen, zu deren Einberufung die Regierung jedoch keinerlei Eile hatte, in der Hoffnung auf die Erschöpfung der Revolution, um dann zu günstigeren Ergebnissen zu kommen.

Die Mehrheit der Sowjets aus Menschewiki und Sozialrevolutionären blieb in all diesen Fragen bei ihrer Haltung einer kritischen Unterstützung der provisorischen Regierung, obwohl von der Bekämpfung der Sowjets als eigentliche Machorgane betrachtet wurden. Dekrete der Regierung wurden in Armee, Stadt und Land nur akzeptiert, wenn sie vom Sowjet gekennzeichnet waren.

So ergab die Februarrevolution eine instabile Machverteilung, eine Doppelherrschaft zwischen Machorgane einerseits und Regierung/alter Staatsapparat andererseits. Die eigentlichen Machorgane waren die Sowjets, aber weil sie von einer schwankenden und halberzogen Politik bestimmt waren, konnte sich die schwache provisorische Regierung, gestützt auf die Sowjetspitzen, halten. Die Masse der Arbeiter, Bauern und Soldaten durchschaute diese Machverteilung zwar nicht gleich – war doch ihre Revolution siegreich und die politischen Vertreter im Sowjet – aber sie gerteten schnell in Konflikt mit der provisorischen Regierung.

Schon im März und April war es zu heftigen Zusammenstößen gekommen, als die Arbeiter für den 8-Stunden-Tag demonstrierten und diesen gegen die Regierung durchsetzten. Auf dem Land gab es ein ständiges Tauziehen zwischen den Bauern, die Landverteilung verlangten, und Regierungsbehörden, die dies verhindern oder zumindest verschleppen wollten, was immer wieder zu regelrechten Bauernaufständen führte. In der Armee kam es zu Unruhen wegen der Fortführung des Krieges für Eroberungsziele, die zu großen Demonstrationen gegen die Regierung in der Hauptstadt führten.

Dies verunsicherte immer wieder Regierungskrisen. Schon im Mai wollten die Bürgerlichen im Anbetracht der Massenbewegungen nicht mehr ohne die linken Parteien regieren, denn nur diese hatten Einfluß auf die Massen. Die zweite provisorische Regierung schloß neben den zehn bürgerlichen Ministern auch sechs Sozialrevolutionäre und Menschewiki ein. In den Folgemonaten wurde die Regierung noch zweimal umgebildet, zuletzt mit überwiegend Sozialrevolutionären und Menschewiki unter Ministerpräsident Kerenski.

## Die Politik der Bolschewiki

Auch die Bolschewiki hatten nicht von Anfang an eine klare politische Haltung zu den Ereignissen. Ihrer Führung schien zunächst, daß mit der Februarrevolution und den Sowjets die angestrebte demokratische Revolution der Arbeiter und Bauern erreicht war, und sie näherten sich politisch den Menschewiki an: kritische Opposition zur Regierung, aber kein Infragestellen der Machverteilung.

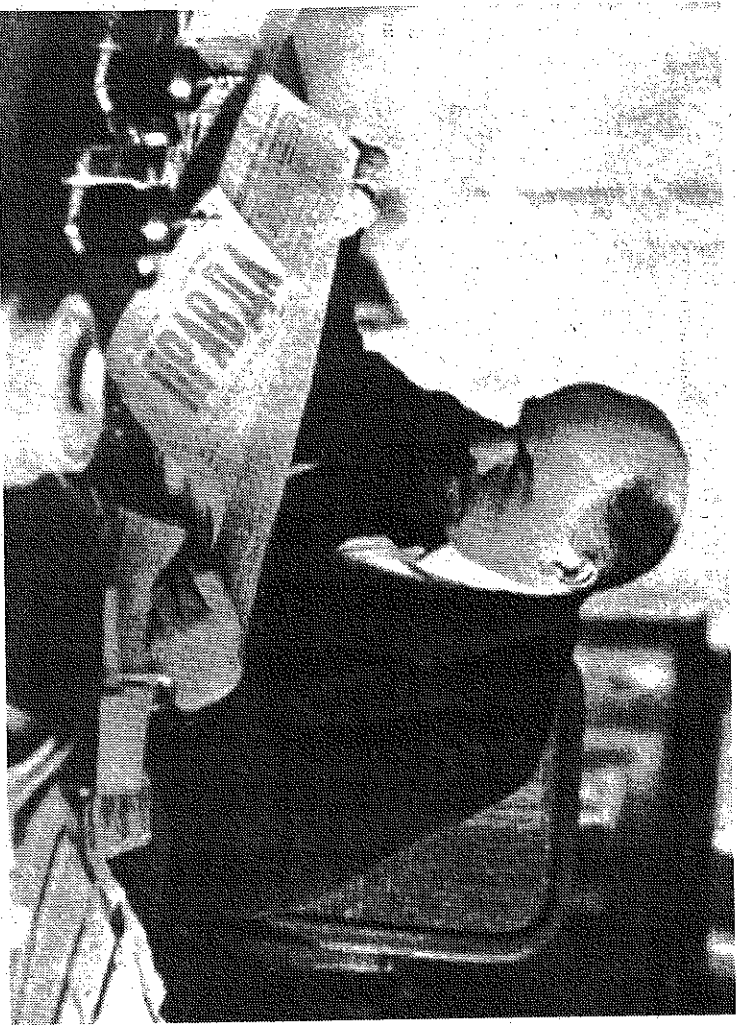
Dies änderte sich erst mit der Ankunft Lenins aus dem Exil Anfang April 1917. In seinen berühmten „Aprilthesen“ legte er die tatsächlichen Machtverhältnisse offen, verlangte unbedingtes Mißtrauen und Bekämpfung der provisorischen Regierung, und forderte „Alle Macht den Sowjets“ unter Führung der Arbeiterklasse. Er propagierte einen geduldgigen Kampf um die Mehr-

Aprilthesen führten zu einem mehrwöchigen innerparteilichen Kampf, der jedoch schließlich mit der Annahme dieser politischen Linie endete, gestützt auf die Parteibasis und Anhänger, die ja bereits schlechte Erfahrungen mit der bürgerlichen Regierung gemacht hatten.

Zum Beginn des Jahres 1917 hatten die Bolschewiki, geschwächt durch Krieg und Verfolgung, nur 8000 Mitglieder. Mit der in den Aprilthesen niedergelegten politischen Linie befanden sich die Bolschewiki zunächst in einer kleinen Minderheit. Auf dem ersten gesamtrussischen Sowjetkongreß stellten sie nur 105 von 820 Delegierten.

Bis zur Oktoberrevolution brachten sie jedoch die Mehrheit der Arbeiter, der einfachen Soldaten und die Masse der Kleinbauern hinter sich, eroberten die Mehrheit in den Sowjets und zählten 240.000 Mitglieder. Wie war dieser Umschwung möglich?

Zum einen durch die konkreten Erfahrungen der Massen mit den anderen Sowjetparteien und den sich abzeichnenden provisorischen Regierungen. Die Erwartungen und Forderungen der Massen wurden durch sie immer wieder enttäuscht. Doch auch solche Enttäuschungen führten nicht zu einer erfolgreichen Revolution, wenn es keine politische Alternative gibt, nämlich eine Partei, die an der Seite der Masse kämpft und für ihre Interessen eintritt, mit klarem Programm und Perspektive.



Ohne Lenins Strategie „Alle Macht den Räten“ wäre 1917 anders verlaufen.

Die politische Klarheit, die sich die Bolschewiki im April über Aufgeben, Programm und Charakter der Revolution verschafften, ihr gemeinsamer Kampf an der Seite der Arbeiter, Soldaten und Bauern für „Land, Frieden und Brot“, ihre geduldige Erklärungen, wie dies durch Sowjetmacht und Enteignung erreicht werden kann, führten dazu, daß sie als vertrauenswürdigste politische Alternative gesehen wurden.

## Vom Februar zum Oktober

In den turbulenten Revolutionsmonaten zwischen Februar und Oktober gab es viele Ereignisse, in denen die Massen die politischen Parteien testeten und ihre Erfahrungen machten.

Die Bolschewiki forderten unter der Parole „Nieder mit den zehn Minister-Kapitalisten“, daß Menschewiki und Sozialrevolutionäre allein die Macht übernehmen, was sie gestützt auf ihre Mehrheit im Sowjet ohne weiteres hätten tun können. Diese lehnten jedoch ab und zeigten damit, daß sie Macht und damit die Möglichkeiten zur Lösung der Probleme gar nicht wollten, denn sie hatten nicht vor, sich mit Großgrundbesitz und Kapital ernsthaft anzulegen.

Als die provisorische Regierung im Juni eine erneute Kriegsoffensive an der Front anordnete, und die gemäßigten Parteien im Sowjet diese billigten, wurden die Hoffnungen der Bevölkerung auf schnellen Frieden ein weiteres Mal enttäuscht. Die Offensive der ohnehin kriegsmüden Armee führte schnell zur militärischen Katastrophe und drastischen Verschlechterung der Versorgungslage. Dies war auch beachtlich, erhofften sich doch reaktionäre Kreise eine Ermattung der Revolution, selbst wenn dies militärische Niederlagen und Landverluste bedeuten würde.

Besonders erbittert waren die Soldaten und bolschewistisch orientierten Arbeiter der Hauptstadt Petrograd, die im Zentrum der revolutionären Ereignisse standen und die Politik der Regierung und der Sowjet-Mehrheitsparteien aus nächster Nähe verfolgen konnten. Immer stärker drängten die Petrograder Arbeiter zum sofortigen Sturz der Regierung, was die Bolschewiki jedoch als verfrüht betrachteten, weil Armee und Landbevölkerung dazu nicht bereit seien. Außerdem wurde dann die Verantwortung für die sich abzeichnende Niederlage der Front-Offensive in einer Art Dolchstoßlegende den revolutionären Arbeitern Petrograds in die Schuhe geschoben werden.

Doch die Arbeiter ließen sich nicht mehr zurückhalten und Anfang Juli kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Arbeiter und Regierungstruppen, wobei die Bolschewiki sich natürlich trotz ihrer Warnungen auf Seiten der Arbeiter

versuchten durch die Bolschewiki. Das Ergebnis war Juli-Tage war, daß die Arbeiter zurückgeschlagen wurden, die Niederlage an der Front ihnen und den Bolschewiki angelastet wurde, die Bolschewiki verboten und in den Untergrund getrieben wurden. Lenin wurde als „deutscher Spion“ gesucht und mußte fliehen. Trotzki wurde verhaftet.

Ermöglicht durch die Erfolge gegen die Bolschewiki und durch die wachsende Ohnmacht der Sowjets, sammelten sich im August die Kräfte der alten Gesellschaften – Monarchisten, Kirche, Offiziere, Kapitalisten und Großgrundbesitzer – hinter dem Armeegeneral Kornilow. Ein Staatsstreich wurde geplant zur Zerschlagung der Sowjets und Errichtung einer Militärdiktatur.

Am 25. August setzte Kornilow seine Truppen gegen die Hauptstadt in Bewegung. Der Staatsstreich scheiterte jedoch am Widerstand der Massen, vor allem am Widerstand der maßgeblich von den Bolschewiki organisierten Arbeiter: die Eisenbahner unterbrachen Verbindungen und leiteten Kornilows Truppen auf Nebengleise, die Telegramme der Putschisten wurden abgefangen.

So verlief der Putsch im Sande und legte die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Land offen.

## Oktoberaufstand

Der Putschversuch des General Kornilow führte

ten der Bevölkerung eindringlich die Gefahr einer konterrevolutionären Erhebung, die Halbherzigkeit der provisorischen Regierung unter Kerenski und die entschlossene Haltung der Bolschewiki vor Augen. Ab da eroberten die Bolschewiki, die man nun wieder legalisieren mußte, nach und nach die Mehrheit in den Sowjets. Sie führten eine Kampagne zur Einberufung eines gesamtrussischen Sowjetkongresses, den die Kerenski-Regierung nachhaltig zu verschleppen versuchte.

Als dann Kerenski im Oktober ein weiteres Mal versuchte, die Petrograder Garnison aus der Hauptstadt wegzuverlegen, argwöhnten die Sowjets sofort eine erneute konterrevolutionäre Verschwörung und beauftragten ein Militärisches Revolutionskomitee unter der Leitung Trotzkis mit der Untersuchung und Gegenmaßnahmen. Die Petrograder Garnison stellten sich unter den alleinigen Befehl des Militärischen Revolutionskomitees, womit die Regierung praktisch über keine Truppen mehr verfügte.

Das Militärische Revolutionskomitee wurde das Leitungsgremium des Oktoberaufstands. Der Oktoberaufstand selbst, nämlich die Verhaftung der provisorischen Regierung, die militärische Besetzung zentraler Punkte in der Hauptstadt und die Übergabe der Staatsgeschäfte an den gesamtrussischen Sowjetkongreß am 25. Oktober war nur noch der letzte Akt. Oder, wie Trotzki es ausdrückte: Neup Zehntel der Revolution waren schon vorher geschaffen, denn die politischen Mehrheiten im Land lagen schon auf Seiten der Bolschewiki.

Im Gegensatz zu dem, wie es heute dargestellt wird, herrschte in der Sowjetunion nicht von Anfang an eine eine stalinistische Diktatur. Die Arbeiterklasse eroberte im Bündnis mit den Bauern die politische Macht und errichtete einen Arbeiterrat, in dem es mehr demokratische Rechte gab als in jeder bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, nämlich die demokratische Kontrolle aller Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft. Die politische Macht wurde eine zeitlang von den Massen in Form der Räte Demokratie ausgeübt, obwohl die äußeren Umstände alles andere als ideal waren: Weltkrieg, anschließend drei Jahre Bürgerkrieg und Kampf gegen 21 Invasionsarmeen, soziale und kulturelle Rückständigkeit.

Die Oktoberrevolution war ein mächtiger Anstoß für revolutionäre Bewegungen in ganz Europa am Ende des ersten Weltkriegs. In vielen Ländern, auch in Deutschland, wurden Räte gebildet, gab es eine zeitlang Doppelherrschaft. Doch nirgendwo gab es eine Partei mit ähnlichem Programm und Verankerung wie die Bolschewiki, so daß diese Revolutionen nicht erfolgreich waren. ■

## FAKTEN & ZAHLEN

- halbreadales Agrarland, kombiniert mit wenigen, aber hochmodernen Industriezentren
- Volkseinkommen 1913: 10 Prozent von dem der USA
- 80 Prozent Analphabetentum

## Landwirtschaft

- 80 Prozent in der Landwirtschaft tätig
- Von den ca. 150 Millionen Hektar dörflichem Gemeindeboden entfielen die Hälfte auf nur 30.000 Großgrundbesitzer, die andere Hälfte teilten sich 10 Millionen Bauernfamilien (ca. 50 Millionen Menschen)
- ein Großgrundbesitzer besaß durchschnittlich 2500 ha, eine fünfköpfige Bauernfamilie dagegen nur 7,5 ha

## Industrie

- 10 Prozent Industriefarbeiter
- Großunternehmen mit mehr als 1000 Arbeitern in Rußland: 41 Prozent (in den USA nur 18 Prozent)
- Industrieproduktion machte 1913 42 Prozent der Gesamtzeugung aus
- Anteil der von ausländischen Kapitalgegnern gehaltenen russischen Aktien: ca. 40 Prozent

## Nationale Frage

- Gesamtbevölkerung ca. 160 Millionen, davon 70 Millionen Großrussen, 90 Millionen andere Nationalitäten
- Vielvölkerstaat: ca. 175 verschiedene Nationalitäten

## Parteien

### Kadetten

(= konstitutionelle Demokraten)  
Bürgerliche Partei, strebte unter dem Zarenismus eine konstitutionelle Monarchie an; nach der Februarrevolution politisches Sammelbecken von Kapitalisten, Großgrundbesitzern und ehemaligen Monarchisten

### Sozialrevolutionäre

Kleinbürgerliche Partei; ursprünglich revolutionäre Partei der Bauern, vor allem auf dem Land verankert; nach der Februarrevolution umfassende Bewegungspartei aller Elemente, die zum Sozialismus stießen: Bauern, Soldaten, zum Teil städtisches Kleinbürgertum; Hauptvertreter: Kerenski

### Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR)

Gegründet 1899 als marxistische Partei; Spaltung in zwei Hauptströmungen nach dem 2. Parteitag 1903 in Bolschewiki (russ. für „Mehrheitler“) und Menschewiki („Minderheitler“) – Benennung wegen der Mehrheitsverhältnisse auf diesem Parteitag – nochmaliges Zusammenrücken beider Flügel während der Revolution 1905; endgültiger Bruch 1912.

### –Bolschewiki

Stützten sich vor allem auf die städtische Arbeiterklasse, später auch auf arme Bauern und Landarbeiter; vertraten das Programm der sozialen Revolution und der Rätemacht; Hauptvertreter: Lenin, Sinowjew, Bucharin, ab Juli 1917 Trotzki.

### –Menschewiki

Stützten sich vor allem auf die linke städtische Intelligenz, zu Beginn der Revolution auch auf Teile der Arbeiterklasse; vertraten eine Etagentheorie, nach der Rußland alle Etappen der westeuropäischen Entwicklung durchmachen müsse, und daher zunächst eine bürgerliche Revolution, eine kapitalistisch-parlamentarische Entwicklungsphase und dann erst die sozialistische Revolution anstehen; daher Zusammenarbeit mit bürgerlichen nach der Februarrevolution; Hauptvertreter: Zeretelli, Dan, Liber

## In der nächsten Ausgabe:

Die Isolierung und Entartung der russischen Revolution – wie kam es zum Stalinismus?



# Brasilien: Schrei der Ausgeschlossenen

**Kaum zu glauben, aber wahr: 94 Prozent der BrasilienerInnen sympathisieren mit einer politischen Bewegung, die „illegale“ Aktionsformen wählt. Die Rede ist von der Movimento Sin Terra, der Landlosen Bewegung, kurz: MST.**

**Sascha Stanic, Köln**

In dem Land der Erde, das laut UNO das größte Einkommensgefälle hat, organisiert die MST Millionen von Bauern und LandarbeiterInnen, die kein Land haben. Denn in Brasilien sind die Zeiten des Großgrundbesitzes noch nicht vorbei. Ein Prozent der Grundbesitzer kontrollieren 46 Prozent der Ländereien. Doch nicht genug damit, daß sie dieses Land besitzen, sie nutzen es nicht produktiv, sondern lassen es vielfach brach liegen und spekulieren damit. Eine Schätzung besagt, daß 62 Prozent der Ländereien brach liegen – eine Fläche, die der Westeuropas entspricht.

Diese brachliegenden Ländereien besetzt die MST und bebaut sie produktiv. Während



brasilianischen Bundesstaaten. Diese Ländereien verfügen meistens über eigene Schulen, eine eigene Strom- und Wasserversorgung und sogar Busverbindungen. Doch wie Neuri Rosseto, einer der Führer der MST, in einem

erst 50.000 Familien durch die Regierungsprogramme Land zugesprochen bekommen haben, hat die MST 200.000 Familien in ihnen gehörenden Ländereien, und 47.000 in 274 besetzten Ländereien angestellter Verwertungsbetriebe und zentrale Kooperativen in acht

Interview mit der britischen Zeitschrift „Socialism Today“ sagte, fordert die MST nicht nur eine Landreform und sieht sie ihr Ziel nicht darin, genossenschaftliche Inseln innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu schaffen: „Der Kampf für Land ist unser oberstes Ziel, aber es würde nichts bedeuten, wäre nicht real, wenn es keine totale Veränderung im ganzen Land, eine grundlegende Umgestaltung der ganzen brasilianischen Gesellschaft geben würde.“ Und: „Aus diesem Grund wollen wir uns mit anderen Teilen der Gesellschaft vereinigen, um die neoliberale Regierung Cardoso zu besiegen. Wir brauchen die Unterstützung der Arbeiter in den Städten und der Studenten und müssen uns mit ihnen vereinigen.“

Anfang September rief die MST zusammen mit anderen Kräften zu Massenprotesten gegen die Cardoso-Regierung auf. Der Aufruf „Schrei der Ausgeschlossenen“ wurde von einer halben Million Menschen befolgt, die auf Massenkundgebungen der Regierung rote Kar-

ten entgegen hielten.

Die MST ist zu einer Massenbewegung geworden, die die Unterstützung der vernichtenden Mehrheit des brasilianischen Volkes genießt. Selbst die Landbesetzungen werden von 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Die wachsende Macht der MST ruft immer häufiger den Staat und die bewaffneten Großgrundbesitzer auf den Plan. Immer häufiger werden Landbesetzungen angegriffen. Allein 1996 wurden bei solchen Angriffen 56 Menschen umgebracht. Als vor acht Jahren bei einem solchen Angriff von Polizei und bewaffneten Großgrundbesitzern ein Polizist und ein Großgrundbesitzer ums Leben kamen, nutzten die Grundbesitzer das, um einen politischen Prozeß gegen einen der bekanntesten MST-Führer anzuzetteln.

Jose Rainha wurde kurzerhand ein Mordprozeß gemacht, obwohl er sich nachweislich zum fraglichen Tatzeitpunkt an einem anderen Ort aufgehalten hat. Ein Geschworenengericht, größtenteils bestehend aus entwickelten Region ist zerstört. Alle Lippenbekennnisse von Ministerpräsident Yimaz, man brauche auch eine politische Lösung, sind nichts wert. Die militärische Besatzung wird eher intensiviert, keine türkische Regierung ist bisher auf die Waffenstillstandsangebot der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans – die nationale Befreiungsbewegung) eingegangen.

Während die EU der Türkei mit dem Argumente, dort würden die Menschenrechte nicht beachtet, den Beitritt zur EU verweigert, unterstützen die EU-Staaten gleichzeitig die Unterdrückung der KurdInnen, weil sie darin das beste Mittel sehen, die Region zu stabilisieren und den westlichen Einfluß zu erhalten.

Zur bisher größten Invasion der türkischen Armee in das irakische Kurdengebiet – das offiziell von der UNO beschützt wird – in diesem Frühjahr hat die Bundesregierung geschwiegen.

Nach wie vor wird die türkische Armee auch von der Bundesrepublik mit Waffen, Geld und Ausbildung unterstützt. Auch die türkische Arbeiterklasse zahlt einen hohen Preis für den Krieg, die Hälfte des Haushaltsdefizits (24 Milliarden DM) sind dadurch bedingt. Dadurch werden die enormen sozialen Probleme der Türkei verschlimmert.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale, dem die SAV angegeschlossen ist, fordert ein sofortiges Ende der Militärhilfe für das türkische Regime. Wir kämpfen gegen die Kriminalisierung von KurdInnen und fordern die Aufhebung des Verbots der PKK und anderer Organisationen.

Wir unterstützen das Recht auf Selbstbestimmung für das kurdische Volk und fördern den Rückzug der türkischen Armee. Doch allein der militärische Kampf für ein unabhängiges Kurdistan wird diese Ziele nicht erreichen können. Die Einheit der kurdischen und türkischen ArbeiterInnen und Bauern ist nötig, um das nationalstatische und arbeitfeindliche Regime zu stürzen und eine Alternative zu den korrupten bürgerlichen Parteien, den mittelalterlichen Islamisten und den Militärs aufzubauen.



*Brasilien galt einst als hoffnungsvolles Schwellenland. Doch noch immer leben Millionen in bitterer Armut.*

Freunden des toten Großgrundbesitzers, verurteilte Rainha zu 26 Jahren Gefängnis. Von internationalen Protesten begleitet (siehe Seite 11) wurde im September ein zweites Verfahren eröffnet.

Brasilien ist nur ein Beispiel für die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Probleme der unterentwickelten Länder zu lösen. Die tiefe Verstrickung von Großgrundbesitz und Kapital verhindern die Lösung der Aufgaben, die in Europa von der bürgerlichen Revolution von 200 Jahren gelöst wurde – die Zerschlagung feudaler Strukturen. In der heutigen Zeit kann diese Aufgabe nur in einem Atemzug mit der Abschaffung des Kapitalismus und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gemeistert werden. Deshalb setzt die MST zurecht auf das Bündnis mit den arbeitenden Massen in den Städten.



*KCTU-Vorsitzender Kwon-Young Kil (rechts). In der Massenstreik-bewegung im Winter 96/97 wurde die Legende von den braven südkoreanischen ArbeiterInnen endgültig widerlegt.*

## Südkorea:

## Arbeiterkandidatur

Der Vorsitzende der kämpferischen Gewerkschaft KCTU, die im Winter die großartige Streikbewegung angeführt hat, Kwon Young-Kil, kandidiert im Dezember 97 bei der Wahl des Präsidenten.

Seine Kandidatur wird von den Gewerkschaften und der „Nationalen Allianz für Demokratie und die Wiedererlangung Koreas“, einem Bündnis linker, fortschrittlicher Gruppen, getragen.

Es ist ein großer Fortschritt für die Arbeiterbewegung, daß ihr Kampf zum erstmaligen auf die politische Ebene gehoben wird. Südkorea hat eine lange Tradition von militanten gewerkschaftlichen Kämpfen und Studentenbewegungen. Doch nie war es gelungen,

## Türkei/Kurdistan: Kein Frieden erwünscht

Gemeinsam haben die türkische und die deutsche Regierung den „Friedenszug“ gestoppt, mit dem über 500 Menschen von Brüssel nach Diyarbakir fahren wollten, um für ein Ende der militärischen Unterdrückung Kurdistans zu protestieren.

Auf Druck der Bundesregierung hatte die Bahn AG den Vertrag über den Sonderzug gekündigt. Der Bundesgrenzschutz hatte die Anweisung von Innenminister Kanher, keinen mit dem Zug einreisen zu lassen und sogar Parlamentarier aus

*Cueillas der PKK. Die Erfolgsmeldungen der türkischen Armes sind größtenteils Propaganda und sollen nur die Unmöglichkeit verschleiern, den Krieg gewinnen zu können.*



EU-Staaten die Einreise in die Bundesrepublik zu verweigern, was ein Verstoß gegen EU-Recht und das Völkerrecht darstellt.

Einige hundert flogen jedoch in die Türkei und versuchten nach Diyarbakir am 1. September zu kommen. Ihr Konvoi wurde von der Polizei gestoppt und auf einem Militärgelände festgehalten. Einige wurden geschlagen. Diyarbakir selbst wurde vollständig abgeriegelt, 4000 Kurdmenschen festgenommen.

Eine Pressekonferenz der europäischen Delegation in Istanbul wurde von der Polizei gesteuert, ihre TeilnehmerInnen teilweise verletzt, festgenommen oder in ihre Hotelzimmer eingesperrt. Darunter befand sich auch Atri Dillon, Mitglied der britischen SAV-Schwesterorganisation Socialist Party.

Die neue türkische Regierung unter dem Nationalliberalen Yilmaz führt den Krieg gegen die Kurden unvermindert fort. Seit 1984 wurden 25.000 Menschen getötet. 3000 Dörfer sind von der türkischen Armee zerstört worden. Drei Millionen Menschen mußten fliehen. Die Infrastruktur der ohnehin unter-

eine starke linke Arbeiterpartei aufzubauen, die bürgerlichen Karriere-Politiker beherrschten die Szene und bestritten die Hoffnungen. Es ist nicht zu erwarten, daß Kwon Young-Kil bei der Präsidentenwahl gleich einen großen Erfolg erzielt. Auch viele Arbeiter werden stattdessen für den liberaleren „linkeren“ bürgerlichen Kandidaten Kim Dae-Jung stimmen, um die konservativen loszuwerden. Doch mit dieser Kandidatur wird der Grundstein für den Aufbau einer Arbeiterpartei gelegt werden können. Schon bei den Parlamentswahlen 1999 könnte diese eine massive Herausforderung für das politische Establishment werden.



# Herbst 1977

**Herbst 1977: Deutschland hält den Atem an. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen In-dustrie, Hanns-Martin Schleyer, wird am 5. September 1977 durch ein Kommando der Roten Armee Fraktion entführt. Bei der Entführung werden drei Sicherheitsbeamte und Schleyers Fahrer erschossen.**

## Jörg Blumentfeld, Köln

Schleyer, Jahrgang 1915, Jurist, seinerzeit NSDAP-Mitglied und SS-Führer, machte nach dem Krieg rasch Karriere bei Daimler und als Arbeitgeberfunktionär.

Schleyer wurde vom RAF-Kommando in einer Wohnung in Erftstadt-Liblar bei Köln gefangenhalten und am Ende umgebracht. 45 Tage lang befand sich Deutschland im Ausnahmezustand. Überall Straßensperren, Polizisten mit Maschinenpistolen im Anschlag, Fahndungsplakate, Ausweiskontrollen.

Im Schnellverfahren wurden Sondergesetze erlassen, unter anderem das sogenannte Kon-taktsperrengesetz, der § 129a (Bildung einer terroristischen Organisation), die immer noch fortbestehen.

Die in Hochsicherheitsgefängnis Stutgart-Stammheim sitzenden Häftlinge Baader und Ensslin hatten 1968 mit dem militäntan Widerstand begonnen. Am 2. April deportierten sie in zwei Frankfurt Kaufhäusern Brandsätze als Zeichen des Pro- tests gegen den Vietnamkrieg.

Im folgenden Prozeß erklärte Ensslin: „Wir taten es aus Protest gegen die Gleichgültigkeit mit der die Menschen dem Völkermord in Vietnam zusehen.“

Nicht nur der Vietnam-Krieg trieb Ensslin und Baader in den Terrorismus. Ensslin politisiert durch die Spiegel-Affäre 1962; später in der APO (Außerparlamentarische Opposition) aktiv, war vor allem über die Gewalt

seitens des Staates geschockt.

Als am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde, wurde dies für viele Studenten zum Wendepunkt. Ensslin meinte: „Dieser faschistische Staat ist darauf aus, uns alle zu töten. Wir müssen Widerstand organisieren. Gewalt kann nur mit Gewalt beantwortet werden. Dies ist die Generation von Anschwitz – mit denen kann man nicht argumentieren!“

Nicht mehr auf die Massen warten; Zeichen setzen war jetzt angesagt. Nach der Kaufhausbrandstiftung wurde Baader wegen „menschengefährdender Brandstiftung“ festgenommen.

Die Befreiung Baaders am 14. Mai 1970 wird als Geburtsstunde der RAF angesehen. In den folgenden Jahren eskalierte die Auseinandersetzung zwischen den „Baader-Meinhof-Banden“ und später RAF genannten Terroristen und dem Staat. Baader, Ensslin, Meinhof und die anderen gingen zu Beginn ohne eine bewehrte Strategie in den Kampf. Staatliche Provokateure halfen in der Anfangsphase so- gar mit Waffen aus. Die harte Reaktion des Staates trieb sehr schnell Sympathisanten in den Untergrund, die Auseinander- setzung eskalierte.

Viele RAF-Aktive der ersten Stunde wurden nach und nach gefaßt. Die Haftbedingungen setzten ihnen zu. Ulrike Meinhof wird am 8. Mai tot in ihrer Zelle gefunden. Eine internationale Untersuchungskommission äußerte Zweifel an der Selbstmordthese. Holger Meins starb im Hungerstreik.

Die zweite Generation der RAF plante, die Gefangenen freizupressen. Die von der RAF so bezeichnete „Offensive 77“ begann am 1. April mit dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und dessen Begleitern. Am 30. Juli folgte Jürgen Ponto, Chef der Deutschen Bank.

Mit der Entführung Schleyers, einem der wichtigsten Vertreter, begann die kapitalistische Staates,

sollten die Gefangenen endlich rausgeholt werden.

## Der starke Staat

Schon wenige Stunden nach der Schleyer-Entführung rotierte der Staatsapparat. Dabei kam es zu ungetreuen Fahndungs- pannen. Wieweit das bürokrati- sche Unfähigkeit war oder be- wußte Taktik staatlicher Stellen, denen die Aktion nicht ungelie- gen kam, kann schwer bewiesen werden.

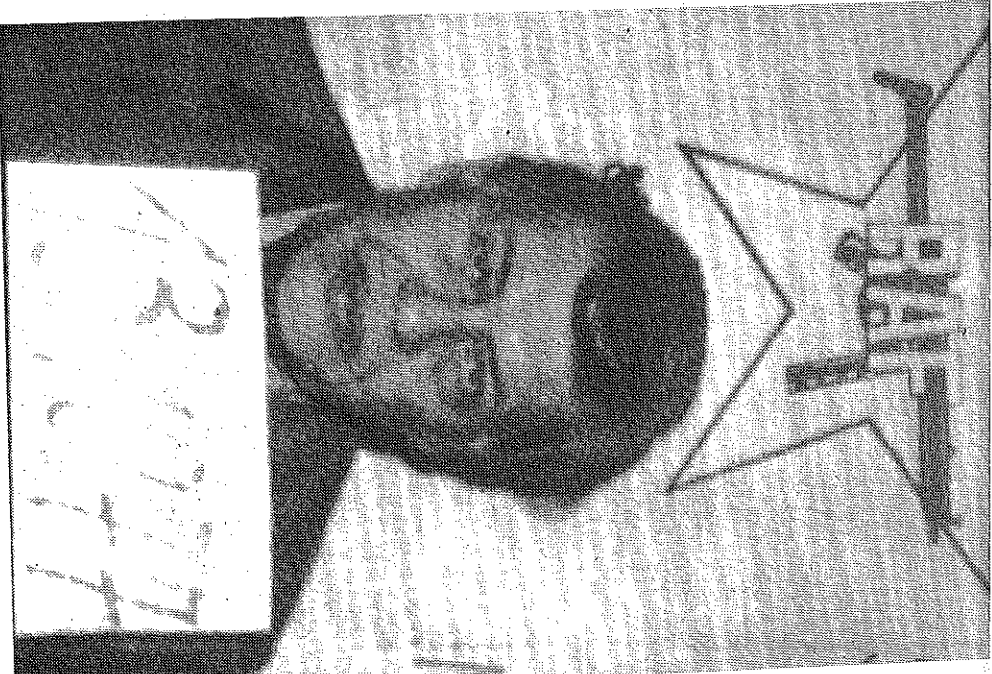
Mehrere Mitglieder des Kri- senstabes bestätigten, daß der CSU-Chef Strauß dort den Vor- schlag machte, die Häftlinge in Stammheim als Staats-Geiseln zu nehmen und „alle Stunde einen zur erschießen“, um die RAF zur Aufgabe zu bewegen.

Als das RAF-Kommando in Deutschland der Boden zu heiß wurde, wurde Schleyer am 15.-16. September in das neue „Volksgefängnis“ nach Den Haag, Niederlande, gebracht. Die beiden RAFler Folkerts und Dyck trappeln im niederländi- schen Utrecht in eine Polizeifal- le, bei der Folkerts einen Polizei- sten erschloß und einen weiteren schwer verletzte.

## Die „Landshut“

Verhandlungen über die Frei- lassung der Gefangenen wurden von staatlichen Stellen verzo- gert. Auch dem RAF-Komman- do wurde klar, daß der Staat sein Aushängeschild Schleyer opfern würde, um die harte Li- nie durchzusetzen.

Unterstützung hatte die RAF von einer betrübten palästi- nensischen Terrororganisation, der PFLP-SC, erhalten. Es wur- de beschlossen, daß die Palästi- nenser ein Flugzeug entführen sollten, um den Druck für die RAF-Forderungen zu erhöhen. Am 13. Oktober wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut“ mit 91 Menschen an Bord auf dem Flug von Mallorca ge- kidnappt und in die somalische Hauptstadt Mogadischu unge- leitet. Das palästinensische



Schleyer in RAF-Gefängenschaft

Kommando drohte, Passagiere und Besatzung zu töten. Im Ver- lauf der Aktion wurde der Kapi- tän Schumann von den Entfüh- rern erschossen.

Noch ein weiteres Flugzeug war nach Mogadischu geflogen, an Bord eine Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes, die GSG 9. Am 18. Oktober stürzte die GSG 9 die „Landshut“ und be- freite die Passagiere. Drei der EntführerInnen wurden dabei er- schossen, eine schwer verletzt. Die RAF hatten ihr wichtigstes Druckmittel verloren.

## Selbstmord?

Am Morgen des 18. Oktober wurden Baader und Ensslin tot in der Zelle aufgefunden, Raspe schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert, wo er kurze Zeit später seinen Verletzungen er- lag. Iringard Möller, die erst 22 Jahre später aus der Haft entlas- sen wird, wurde ebenfalls mit Messerstichen in der Brust auf- gefunden.

Selbstmord, sagen Justizbehör- den und Polizei. Das kann nicht ausgeschlossen werden, ange-

sichts der verzweifelten Situa- on. Doch es bleibt ungeklärt, wie die Gefangenen den zeit- gleichen Selbstmord organisiert und sich die Verletzungen zu- gefügt hatten.

Zumindest bei Teilen des Staatsapparates war die Bereit- schaft vorhanden, den Gegner auch mit illegalen Mitteln zu vernichten.

Was hat die RAF 1977 er- reicht? Die RAF hat geglaubt, mit der Entführung Schleyers das System zu treffen. Doch dieses System besteht nicht aus einzelnen Personen, sondern aus Strukturen und Machtzu- sammenhängen. Die RAF, die sich immer wieder als Anwalt der Massen aufspielte und da- mit meinte, stellvertretend han- deln zu müssen, war spätestens nach dem „Deutschen Herbst“ gescheitert. Die Schleyer-Ent- führung und seine anschließende Ermordung schädete der ge- samten linken Bewegung, auch denen, die das Vorgehen der RAF ablehnten. Der bürgerliche Staatsapparat nahm sie als will- kommenen Anlaß, die Strafge- setze zu verschärfen.

# Sackgasse Terrorismus

Die Aktionen der RAF haben den Staat nicht in seinen Grundfesten erschüttert. Schleyer und Buback wurden durch andere Figuren ersetzt. Die RAF wollte dem Staat die demo- kratische Maske entreißen, seinen unterdrück- keratischen Kern offenlegen. Andreas Baader, Ulrike Meinhof und die RAF hatten richtig gesehen, daß die Studen- tenbewegung alleine mit Demonstrationen nicht weiter kommen würde. Sie wollten nicht mehr warten.

Doch sie waren nicht fähig zu sehen, daß die Opposition gegen das System nur in geduldi- ger Arbeit mit den Arbeitnehmern und Jugendlichen zusammen aufgebaut werden konnte.

Sie hatten die Vorstellung, alleine als Vor- bild voranzugehen und durch die Wucht ihrer Aktionen Zeichen zu setzen und die Men- schen „aufzurütteln“.

Nirgendwo war der „Guerrilla-Kampf“ un- sinniger als in Deutschland. Start wie „Fische im Wasser“ zu sein, waren die Baader-Mein- hof-Leute von Anfang total isoliert. Es gab Sympathien, deren Grundlage war jedoch oft- mals die brutale Reaktion des Staates und die menschenunwürdige Behandlung von inhaftierten RAFlern. Eine Unterstützung für ihre politische Strategie hatte die RAF nie.

Aber auch in anderen Ländern, in denen linke „Stadtguerilla“ mehr Unterstützung hat- ten – wie die „Roten Brigaden“ in Italien – ist ihre Strategie gescheitert.

Alle Sympathien nutzen nichts: Unterstüt- zung für Anschläge kann nur passiv sein. Die bewaffneten „Helden“ und der Staat handeln,

## Wachsende Ungleichheit

Die armen Länder sind die Verlierer von wirtschaftli- cher Liberalisierung und Globalisierung. Das ergibt eine Studie der UN- Kom- mission für Handel und Ent- wicklung (UNCTAD). 1965 sei das Durchschnittsein- kommen in den sieben reich- sten Ländern 20 mal so hoch wie das in den ärmsten Län- dern. 1995 sei es 39 mal so hoch gewesen.

Außerdem sei durch die Li- beralisierung sowohl in Entwicklungs- als auch in In- dustrieländern die Einkom- mensschere weiter ausenar- dergesungen. Die Reichen seien reich, die Armen är- mer geworden und die Mit- telschicht verschwindet. Dem ist nichts hinzuzufügen.

## Kommerz oder Bildung

143 Millionen Kinder ge- hen nach Angaben von UNI- CEF weltweit nicht zur Schule. 6 Milliarden Dollar für ein Bildungsprogramm würden ausreichen, um die- sen Kindern den Schulbe- such zu ermöglichen. 5,5 Milliarden Dollar ha- ben private Anleger in das Disney-Land bei Paris inve- stiert, um aus den Freizeitver- gnügen von Kindern und Familien Profit zu schlagen. Die Gelder für eine einzelne Freizeitkommerz-Investition würde also ausreichen, um 143 Millionen Kindern Bil- dung zu ermöglichen.

## Labour- Ordnung

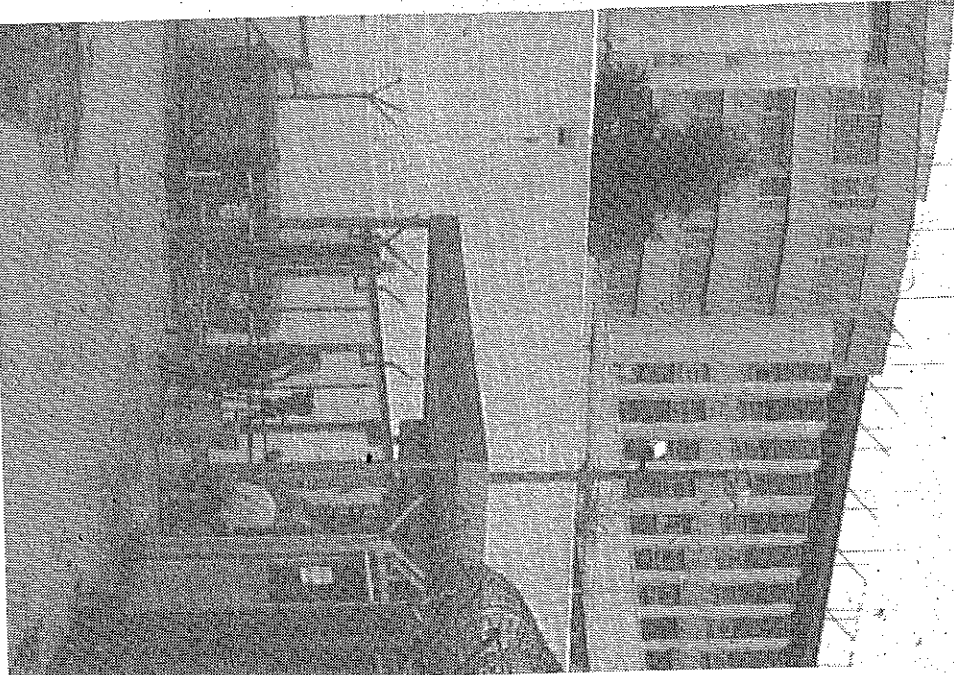
Die britische Labour-Re- gierung, an deren Politik sich die SPD zunehmend orien- tiert, bereitet eine neue Of- fensive zu „inneren Sicher- heit“ vor. Nach Plänen des Innenmi- nisteriums sollen demnächst Eltern gerichtlich verpflich- tet werden können, gegen ihre Kinder nächtliche Aus- gangssperren ab 21 Uhr zu erlassen und sicherzustellen, daß sie die Schule nicht schwänzen.

Die Einhaltung soll mit Geldstrafen bis 3000 DM und dreimonatigen Sonder- schulungen für Eltern er- zwungen werden. Das Straf- mindigkeitsalter soll von 13 auf 10 Jahre gesenkt werden.

## Lehrerstreik in Kenia

Neues Ungemach steht der krisengeschüttelten Diktatur von Staatspräsident Moi ins Haus. 200.000 Lehrern des Landes sind in einen un- befristeten Streik getreten. Sie wollen eine deutliche Lohnsteigerung unter Be- rücksichtigung der Inflation erstreiken.

Eine eigens von der Regie- rung eingesetzte Kommissi- on hatte eine Erhöhung der Gehälter zwischen 150 bis 200 Prozent empfohlen, die jedoch von der Regierung nicht umgesetzt wurde. Die Lehrergewerkschaft fordert außerdem einen Mindestlohn von umgerechnet 160 DM.



Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim



# Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmen und Regierung zurück zu Verhältnissen wie vor hundert Jahren.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre strecken den Kopf vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf!

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“. Deshalb wurde 1994 die **SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)** von Gewerkschaften, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung **VORAN** gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

## Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltschädigung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

## Wofür wir kämpfen

- Arbeit für Alle**
- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
  - ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
  - ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
  - ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
  - ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
  - ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
  - ★ Gleicher Lohn in Ost und West
  - ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
  - ★ Nein zu Privatisierungen
  - ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen
- Frauen**
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
  - ★ Weg mit dem Paragraph 218
  - ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr
- Umweltschutz**
- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke
  - ★ Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
  - ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Bezahlbare Wohnungen**
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
  - ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

## Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmen und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale,“ zusammengeschlossen. Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

## Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff: Das System in Ost- und Westropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

## Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

## Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

## Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandsentsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

## Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
  - ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Nein zum Europa des Kapitals**
- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
  - ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

## Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen



Sabine, Schülerin, Rostock

# Warum ich bei der SAV mitmache

Seit September 1997 ist die 15-jährige Schülerin Sabine Mitglied der Sozialistischen Alternative. Wir fragten nach. Wie hast du die SAV kennengelernt?

Kennengelernt habe ich die SAV durch meine Schwester, die auch SAV-Mitglied ist.

## Werde Mitglied der SAV!

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
  - ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:  
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln  
Info-Telefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

## Spenderfonds

Ob Kampagnen gegen kommunale Kürzungen, Kampf gegen Nazis, Solidaritätsarbeit bei Streiks oder auch die Herausgabe dieser Zeitung - politische Arbeit kostet Geld: Flugblätter, Plakate, Telefon, Kopierer, Miete... Zur Finanzierung bitten wir die Leute um Spenden, die selber nicht gerade im Geld schwimmen: Menschen mit und ohne Arbeit, Sozialhilfeempfänger, Jugendliche, und Rentner. Und wir bitten, von einem Einkommen etwas abzugeben, das immer knapper wird. Leider gibt es dazu gar keine Alternative. Den Kampf gegen Sozialabbau werden nicht diejenigen finanzieren, die den Sozialabbau betreiben. Geld für Gegen-

wehr gegen Kohl und Kapital können wir nicht aus dem Unternehmerlager erwarten. In welchem Umfang wir Gegenwehr organisieren können, in welchem Ausmaß wir Argumente bzw. für eine sozialistische Alternative vorbereiten können, hängt nicht zuletzt von dem Geld ab, das uns zur Verfügung steht.

Deshalb: Deine Spende für die SAV - die beste Investition die es im Kapitalismus gibt!

(Als einmaliger Betrag, als Förderabo, oder monatlich per Dauerauftrag oder Einzugsleistung.)

Spenden an: **Voran, Postbank Essen, Kto-Nr.: 2500 59-430, BLZ: 360 100 43**

**Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:**

DM  einmalig  monatlich  vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift

Kontobank, BLZ

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an: SAV, Hansaring 4, 50670 Köln

## Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Berlin**
- OG Treppow-Körperack: Montags 19 Uhr, Alie Feuerwache, Grünauer Str. 9, Nähe S-Bahnhof Schönefelder
  - OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
  - OG Wedding: Mittwochs 19 Uhr, Linkstreff Wedding, Wedding-Str. 6, U-Bahn Nauener Platz
  - Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro
- Stuttgart**
- OG Mitte: Mittwochs, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
  - OG Süd-West: Mittwochs 19:30 Uhr, Jugendhaus Heschach (Böblingen Str. 92)
  - Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro
- Aachen**
- OG Ost: Montags, 19:30 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
  - OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
  - OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Café WABE, Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
  - Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro
- Frankfurt/Main**
- Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schliermacherstr. 7
  - Infos unter Tel. (069) 453275
- Bremerhaven**
- Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
  - Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro
- Bremen**
- Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Osterdeich 230.
  - Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04
- Freiburg**
- Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Kassel**
- OG West: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlaehof, Mom-bachstr. 12
- Rostock**
- Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
  - Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro
- Siegen**
- Mittwochs, 19 Uhr, Nordafrikanischer Club, An der Unterführung (neben der "Motte" hinter dem Bahnhof)
  - Infos unter Tel. (0271) 51291
- Köln**
- Donnerstags, 19:30 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk, Kapelle
  - Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04
- Sonstige**
- Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504:
- Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Offenbach/Main, Gelsenkirchen/Recklinghausen

**VORAN**  
Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitschrift - erscheint seit 1973  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortliche Redakteur: Argela Barwert  
Erscheinungsort: Monatlich  
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04, Fax 02 21 / 13 72 80  
e-mail: SAVBUND@AOL.com  
Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Kontonr. 2500 59-430

**ABONNIERT VORAN!**

zehn Ausgaben zu 25,- DM

zusätzlich  Exemplare zum Weiterverkauf  
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Förderabo, 10 Ausgaben zu  DM (ab 50,-)

Name, Adresse, Telefon

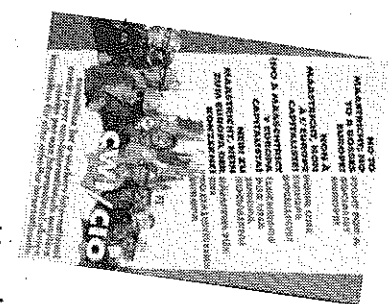




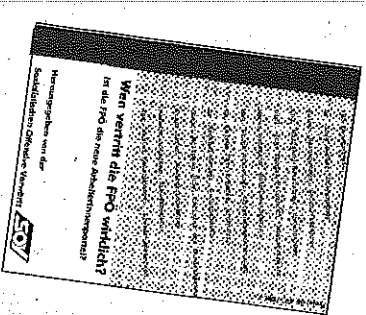
Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Be-schlüsse vom SAV-Bundes-kongress 97. 96 Seiten, 8 DM.



The Tiger Strikes Back. Eng-lische Broschüre über die Streikbewegung in Südkorea. 96 Seiten, 5 DM.



Nein zu Maastricht, nein zum Europa der Konzerne. Mehrsprachige Broschüre (deutsch, engl., franz., span., ital.) 48 Seiten, 5 DM.



Wenn vertritt die FPÖ wirklich? Buch der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV, Österreich) 70 Seiten, 7 DM.



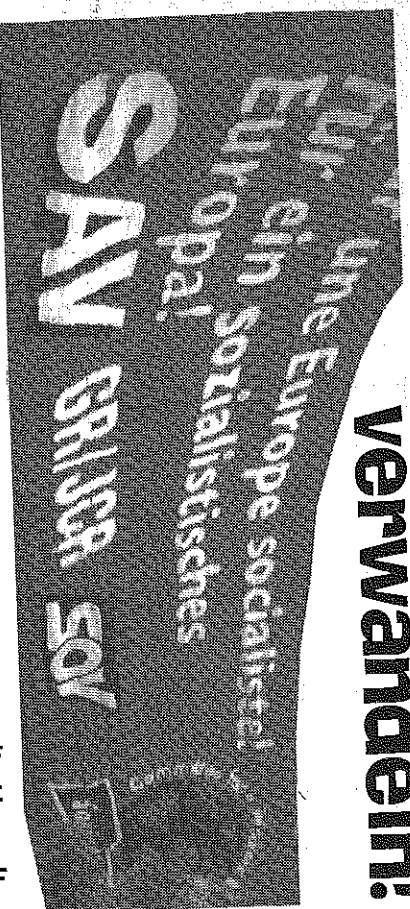
Che Guevaras Vermächtnis - zum 30. Todestag des Revolutionärs. 20 Seiten, 2,50 DM.



Uprising in Albania. Engli-sche Broschüre über den al-banischen Aufstand, Frühjahr 97. 32 Seiten, 4,50 DM.

**Bestellungen über die Bundeszentrale:**  
Bitte Preis der Broschüre + 3,- DM Porto beilegen oder auf das Konto  
überweisen (Kontonummer siehe Seite 10 unter Spendenfonds)

## Wut in Widerstand verwandeln!



★ Gefahr von rechts – den Faschisten keine Ruhe ★ Ist die Umwelt noch zu retten? ★ Russische Revolution vor 80 Jahren ★ Che Guevara – der Mythos lebt weiter ★ Sozialismus - Alternative oder Utopie? ★ Es reicht – Frauen wehren sich ★ Gewerkschaftliche Strategie gegen Stellenabbau und Lohndrückerei ★ Nein zum EUROPA der Banken und Konzerne ★

## SAV Sozialismus- Wochenenden

mit Film, Tanz & Kultur ★ Essen & Trinken  
★ Party & Musik ★ Ausstellung & Büchertisch ★ Kinderbetreuung

### Termine/Orte:

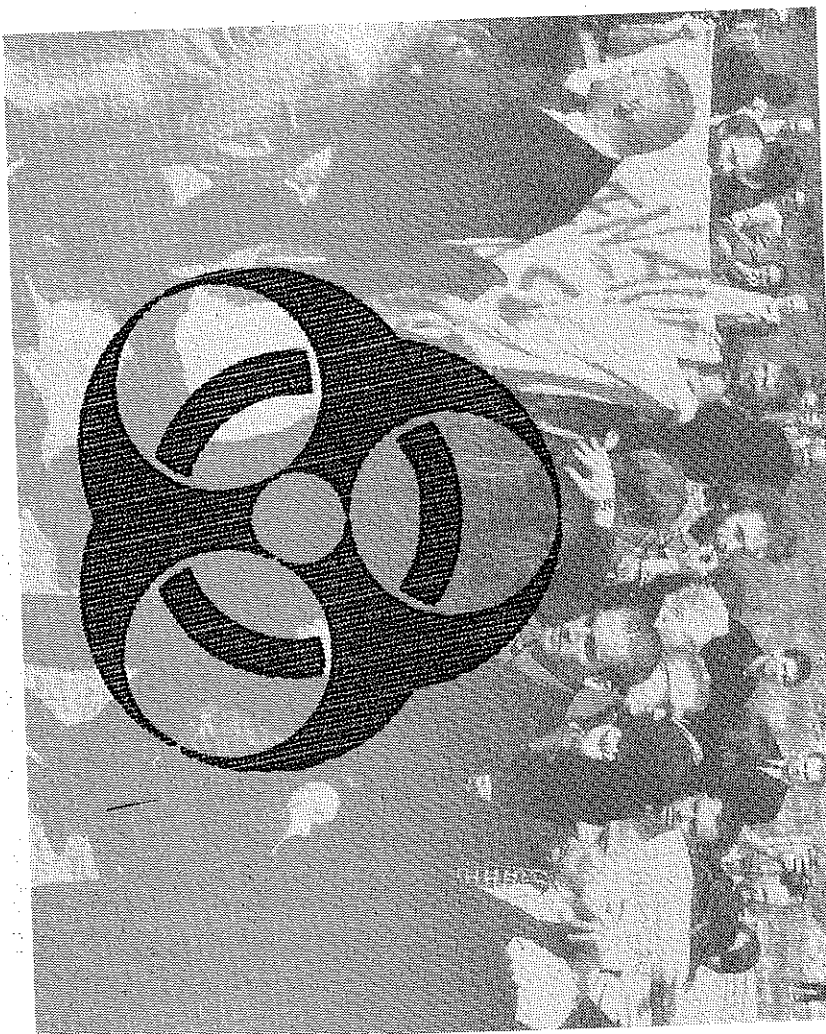
**Aachen:** 24./25. Oktober im Dritte-Welt-Haus. An der Schanz 1, Eintritt 3 DM, Freitag ab 19.00 Uhr, Samstag ab 10.00 Uhr und ab 22.00 Uhr Party, Infos: (0241) 50 86 85  
**Köln:** 15./16. November im Hauptgebäude Uni Köln, Albert-Magnus-Platz Infos: (02 21) 61 68 74  
**Berlin:** 8./9. November, weitere Infos: (0 30) 4 40 84 29.  
**Stuttgart:** 8./9. Nov., weitere Infos: (0711) 223 8823  
**Rostock:** 22./23. November, Infos: (0381) 4996590  
**Kassel:** 18./19. Oktober, Infos: (0561) 285 834  
Infos über andere Orte unter (0221) 13 45 04

## SAV in Aktion



### Protest gegen Unrechtsjustiz

Gegen die Verurteilung des Führers der Landlosenbewegung MST in Brasilien demonstrieren Mitglieder der Sozialistischen Alternative vor der brasilianischen Botschaft in Bonn. Die Aktion mit Übergabe einer Protestresolution fand gleichzeitig mit Aktionen in über 30 Ländern weltweit statt. Die Kampagne zu seiner Freilassung wird von Gewerkschaftern, verschiedenen Organisationen, Parteien und Mitgliedern des Bundestags, wie Ulla Jelpke, Winfried Wolf und Angelika Beer und dem Vorsitzenden der GHK (Gewerkschaft Holz und Kunststoff) Gisbert Schlemmer unterstützt. Der erste Erfolg ist zu vermelden: José Rainha wurde, wie von der MST gefordert, an einen anderen Ort verlegt.



### Kein Gen-Zentrum in Köln-Kalk!

Foto: Protestaktion bei der Grundsteinlegung für das Gen-Zentrum. In Köln-Kalk wird das „Rechtshemische Technologiezentrum“ (RTZ) aus dem Boden gestampft. Es entsteht ein Laborkomplex, der an private Genforschungs-Unternehmen vermietet werden soll. Für den Neubau stehen 19 Millionen DM aus Landesmitteln zur Verfügung. Damit die Unternehmen ihren Eigentümern auch von Anfang an Gewinn bringen, stellt die Landesregierung zusätzlich 6,5 Millionen DM für die Anlaufphase bereit. Gegen das Projekt hat sich in dem betroffenen Stadtteil seit dessen Bekanntwerden Widerstand formiert. Eine Anti-Gen-Initiative will das Projekt verhindern, weil mit Genforschung in privaten Händen ein nicht kalkulierbares Risiko für Mensch und Umwelt verbunden ist. In Kalk sind die Menschen auch sauer, weil sie für das Risiko, das sie eingehen sollen, nicht einmal mit Arbeitsplätzen belohnt werden, weil die Forscher und Laboranten, die in Zukunft am Gen klonen sollen, aus anderen Regionen zuziehen oder von auswärts anreisen. Die Kölner SAV arbeitet in der Anti-Gen-Initiative mit und macht eigene Aktionen. Wir haben unseren Standpunkt in einem Flugblatt zu Papier gebracht und benutzen es, um vor dem „Kaufhof“ oder auf dem Wochenmarkt mit den Anwohnern ins Gespräch zu kommen. Viele Menschen wußten noch gar nicht, was da in ihrer Nachbarschaft geplant ist. Um gegen dieses Informationsdefizit etwas zu unternehmen, haben wir eine öffentliche Informationsveranstaltung organisiert, die am 16. 10. stattfindet. Außerdem haben wir begonnen, Haustürbesuche in der Umgebung der geplanten Labors zu machen. Wir haben festgestellt, daß man an der Haustür eher ein gründliches Gespräch führen kann, als auf der Straße, weil die Menschen zu Hause nicht so unter Zeitdruck stehen.

### Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Adresse:  
CWI, PO Box 3688,  
London E9 5OX, GB  
Tel.: 0044/181/533 0201  
Fax: 0044/181/985 0757  
E-Mail: inter@dircon.co.uk





# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 193 Oktober 1997

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

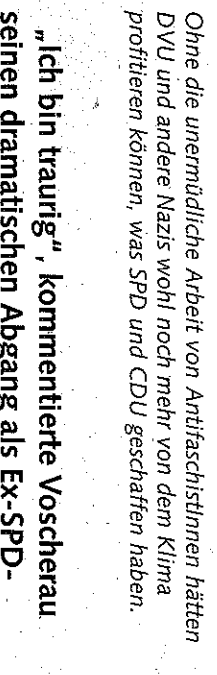
# SPD macht die Rechten stark

zehlnd zur Kenntnis nehmen, daß viele der ehemaligen REP-Parolen heute SPD-Plakatstränder schmücken.

Ergebnis: 8,2 Prozent für die faschistischen und rechtsextremen Parteien, der Einzug der DVU in 4 Bezirksparlamente, sehr knapp verfehlter Einzug ins Länderparlament, Stimmzuwachs für die CDU, die größte Wahlmiederlage in der Nachkriegszeit für die SPD.

## Hilfe für die Nazis

Auch wenn Wahlanalytiker und Medien den Wahlerfolg der Rechten versuchen abzuschwächen, mit der Behauptung, der Stimmenanteil für die Rechten sei gesunken, geht dies Rechnung nicht auf. Erstens muß der BfB (Bund freier Bürger) mit seinen guten Kontakt zur FPÖ in Österreich unbedingt zum Spektrum der Rechten dazu gezählt werden. Damit haben die Rechtsextremen zusammen mehr Stimmen als bei den letzten Landtagswahlen: Zweitens war 1993 das traurige Erfolgsjahr der Faschisten und Neonazis.



Ohne die unermüdliche Arbeit von Antifaschistinnen hätten DVU und andere Nazis wohl noch mehr von dem Klima profitieren können, was SPD und CDU geschaffen haben.

**„Ich bin traurig“, kommentierte Voscherau seinen dramatischen Abgang als Ex-SPD-Bürgermeister am Wahlabend in Hamburg. Lange trauern wird man sicherlich nicht um ihn. Traurig ist vielmehr die Politik, die er vorangetrieben hat.**

## Kim Opgenoorth, Köln

Hamburg befindet sich in der schwersten lokalen Arbeitsmarktkrise der Nachkriegszeit. Die Arbeitslosenzahlen haben sich seit 1992 verdoppelt. Diese selbst mitverschuldeten Probleme versuche die SPD zu beantworten mit einer Hetzjagd auf AusländerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Bettlern, Schwarzfahrern und Graffiti-Sprühern.

Mit rassistischen Aussagen und Halbwahrheiten schürte Voscherau die Angst in der Bevölkerung und sorgte für Stimmverlust. Die Gewaltdelinquenz

kann nicht von der breiten Antikohl-Stimmung profitieren, da sie selber in den Kommunen und Bundesländern für die Politik des Sozialabbaus verantwortlich ist. Der Rechtsruck der SPD geht seit Jahren unvermindert weiter, er setzt sogar CDU und FDP unter Zugzwang. Auch die Grünen ziehen mit. Obwohl sie die Stammschichten kritisieren, setzen auch sie auf „mehr Polizeipräsenz in den Stadtteilen um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken.“

Von einem linken Flügel, die die Entwicklung der SPD zu einer bürgerlichen Partei aufhalten könnte, kann keine Rede mehr sein. Voscherau ist mit seinem Wahlkampfthemen auf dem SPD-Partei-kongress mit standig ovations von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder bestätigt worden. Ganze 17 Mitglieder stimmten gegen ihn. Der angeleglich linke Ortvn Runde wurde von rechten Sozialdemokraten als Nachfolger vorgeschlagen. Die Grenzen zwischen rechts und links verschwimmen.

Die Bundes-SPD wird aus der Hamburg-Niederlage keine Konsequenzen ziehen. Lafontaine kündigte an, daß die Kriminalitätsbekämpfung auch bei den Bundestagswahlen eines der wichtigen Themen beim Kampf um die Wählerstimmen sein werde. Dies sei in der Parteiführung unbestritten. Die Rechten werden sich freuen. Für kämpferische, linke Arbeiter, Arbeitslose, Rentner und Jugendlichen stellt sich die Frage nach dem Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. ■



Hamburgs Bürgermeister Voscherau wollte beweisen, daß die SPD mit rechter Politik gewinnen kann, doch vielen WählerInnen war die „Originale“ CDU oder DVU lieber.

## Rechtspopulismus wirksam bekämpfen

„Acht Musiker einer Punkband wurden im brandenburgischen Pritzwalk von 15 Rechtsextremen brutal überfallen und mit Baseballschlägern zum Teil schwer verletzt...“

Bei einem Feuer in einem Essener Asylbewerberheim ist nach Auskunft der Polizei Sachschaden in Höhe von 10.000 DM entstanden. Verletzt wurde keiner der 50 Bewohner. Nach ersten Ermittlungen geht die Polizei von Brandstiftung aus. Hinweise auf eine fremdenfeindliche Tat lägen jedoch nicht vor...“ heißt es in Agenturmeldungen. So oder ähnlich lauten zahlreiche Kurznachrichten in den letzten Monaten.

## Ronald Luther, Rostock

Anschläge und Überfälle von Neonazis haben, in den letzten Monaten wieder stark zugenommen. Die Politiker der bürgerlichen Parteien schaffen das entsprechende Klima: „innere Sicherheit“ und „kriminelle Ausländer“, CSU-Hetze gegen die Wehrmachtsausstellung, nationalistische und populistische Opposition gegen den Euro. Die Rechtsextremen befinden sich nach einer Phase der Desorganisation und Umgruppierung wieder im Aufwind, ähnlich wie vor 5 Jahren die Hetze der Politiker gegen Asylbewerber Anschläge wie in Rostock befördert hat.

Daher ist es dringend notwendig, dem Rechtspopulismus der Stöber und Schröder, der Ausländerhatz der Neonazis ein offensives Programm entgegenzusetzen. Nur so kann ein weiteres Anwachsen der Rechten verhindert werden.

Bei einer Kundgebung in Rostock zum fünften Jahrestag des Anschlags, zu der trotz geringer Mobilisierung 1000 Menschen kamen, wies Gregor Gysi darauf hin, daß die besitzende Klasse immer mehr Reichtum anhäuft und uns den Krieg erklärt hat. Statt aber auf die Wurzel des Problems, das kapitalistische Profitsystem einzuzeigen, bezog er sich auf die bürgerliche Revolution von 1789 in Frankreich und forderte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Als ob es nie sozialistische Bewegungen zur tatsächlichen Durchsetzung solcher Postulate gegeben hätte. Es reicht eben nicht aus, nur auf die derzeitigen Zustände hinzuweisen. Die Leute erwarten Antworten. Wie können Rassismus und Nationalismus wirksam bekämpft werden? Welche Alternative hat die PDS zu diesem System?

Arbeiter und Jugendliche, egal welcher Herkunft oder Hautfarbe, müssen gemeinsam kämpfen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen in Deutsche und Ausländer. Den weltweiten Angriffen der Unternehmer muß weltweit Widerstand geleistet werden. Internationale Solidarität ist notwendig. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muß durchgesetzt, niemand darf abgeschoben werden – Bleiberecht für alle!

Um diese Forderungen durchzusetzen, ist es aber nötig, daß PDS und Gewerkschaften gemeinsam mit uns dafür kämpfen, daß faschistische Aktionen und Aufmärsche verhindert und rechte Organisationen und Parteien an ihrem Aufbau gehindert und letztendlich zerschlagen werden. Darberhinaus muß die PDS gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus aufzeigen.

Rassismus, Nationalismus und Faschismus bleiben in diesem System immer eine Gefahr, denn sie gehören zu den wichtigsten Instrumenten der Herrschenden. Die winzige Minderheit der Kapitalbesitzer kann nur oben bleiben, wenn wir uns spalten und ablenken lassen. Nur wenn wir dieses System abschaffen und Sozialismus erkämpfen, werden wir dieser Gefahr die Grundlage entziehen können.